



„WAS BEDEUTET UNS HAMBACH HEUTE?“

Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007
und Präsentation des Sonderpostwertzeichens
„175 Jahre Hambacher Fest“ am 2. Mai 2007
im Landtag Rheinland-Pfalz

Heft 36

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

ISSN 1610-3432

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Redaktion: Hans-Peter Hexemer
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz

Titelgestaltung: Petra Louis, Mainz

Fotos: Klaus Benz

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2007

Druck: Satz+Druck Werum GmbH, Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: <http://www.Landtag.Rheinland-Pfalz.de>

„WAS BEDEUTET UNS HAMBACH HEUTE?“

Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007
und Präsentation des Sonderpostwertzeichens
„175 Jahre Hambacher Fest“ am 2. Mai 2007
im Landtag Rheinland-Pfalz

INHALTSVERZEICHNIS

PODIUMSDISKUSSION „WAS BEDEUTET UNS HAMBACH HEUTE?“ AM 24. MAI 2007

Begrüßung: Landtagspräsident Joachim Mertens	5
Impulsreferat: Professor Dr. Wolfgang Michalka	11
Podiumsdiskussion: Jochen Hartloff, MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion Christian Baldauf, MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion Herbert Mertin, MdL, Vorsitzender der FDP-Fraktion Moderation: Dr. Thomas Leif, Chefreporter Fernsehen SWR Mainz	27

PRÄSENTATION DES SONDERPOSTWERT- ZEICHENS „175 JAHRE HAMBACHER FEST“ AM 2. MAI 2007

Ansprache: Karl Diller, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen	63
---	----



BEGRÜßUNG

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Ich darf Sie herzlich im Landtag begrüßen. In diesen Wochen findet ein wahrer Marathon von Veranstaltungen statt. Zum einen wird unser Land 60 Jahre alt, zum anderen feiern wir das 175. Jubiläum des Hambacher Festes. Darüber hinaus gedenken wir in den nächsten Monaten des Freiherrn vom Stein, des großen Reformers, der vor 250 Jahren geboren wurde. Als einen weiteren Höhepunkt zeigt das Land Rheinland-Pfalz in diesem Jahr gemeinsam mit dem Bistum Trier und der Stadt Trier die bedeutende kulturhistorische Ausstellung „Konstantin der Große“.

Heute Abend haben wir Sie eingeladen, um als Parlamentarier über das Hambacher Fest und darüber, was es uns bedeutet, zu reden. Nach einem einleitenden Referat von Herrn Professor Wolfgang Michalka werden die drei Fraktionsvorsitzenden unter

der Leitung von Thomas Leif diskutieren; er wird sicher dafür sorgen, dass Antworten gegeben werden. Ich denke, das dürfen wir bei diesem Thema auch erwarten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landtag hat sich mit einer Reihe von Initiativen des Jubiläums „175 Jahre Hambacher Fest“ angenommen. Im Foyer des Landtags ist derzeit eine Ausstellung aufgebaut, bei der zum ersten Mal ganz deutlich wird, dass die Polen in ihrem Freiheitszug von 1830 gegen den Zaren mit ursächlich dafür gesorgt haben, dass die Deutschen die Freiheitsgedanken übernommen haben und mit diesen Ideen dann den Berg in Hambach hinaufgezogen sind.

Auf die Anregung des Landtags geht die Herausgabe des Sonderpostwertzeichens „175 Jahre Hambacher Fest“ zurück. Es ist eine farbenprächtige Marke geworden, die am 2. Mai durch den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Karl Diller, hier in diesem Saal der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Sie zeigt Ihnen, dass dort die Menschen zum Schloss hochziehen. Dort soll die großformatige Abbildung des Sonderpostwertzeichens künftig ihren Platz haben. Lieber Herr Staatssekretär Professor Hofmann-Göttig, ich darf sie Ihnen am Ende der Veranstaltung überreichen.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht damit beginnen, dass ich Ihnen das Hambacher Fest, dessen Voraussetzungen und Wirkungen darstelle. Diesen Part wird Herr Professor Michalka übernehmen, von dem wir einen anregenden Vortrag erwarten dürfen.

Ich möchte Sie auf unsere Fahne im Plenarsaal aufmerksam machen: Es ist eine von einer Handvoll in Deutschland übrig gebliebenen Fahnen, die in Hambach den Berg hinaufgetragen wurden. Eine dieser Originalfahnen besitzt der Landtag. Sie zeigt die Farben Schwarz-Rot-Gold. Das ist für uns ganz selbstverständlich. Wir kämen gar nicht auf die Idee darüber nachzudenken, was sich hinter diesen Farben verbirgt.

Meine Damen und Herren, verbirgt sich hinter diesen Farben vielleicht der dem Bauernführer Florian Geyer zugeschriebene Ausspruch: „Unser Gold haben Adel und Pfaffen aus unserem Schweiß geschlagen, bis unsere Trauer schwarz war wie die Nacht und unsere Wut rot wie Blut. Wohlan denn Brüder, setzen wir den roten Hahn auf die Dächer.“ – Das ist zugegebenermaßen eine schöne Formulierung. Es ist aber nicht die zutreffende.

Schon oft habe ich Gäste im Landtag gefragt, woher wohl die Farben Schwarz-Rot-gold stammen. Sie kommen aus dem Militärischen. Lützows Freikorps – militärisch hat es übrigens keinerlei Bedeutung gehabt – kämpfte in den Freiheitskriegen gegen Napoleon in Deutschland. Jener Lützow bat den preußischen König, ob man denn nicht die Uniformen seiner Männer – man nannte das früher Monturen – schwarz färben dürfe, weil man so die „alten Klamotten“ benutzen könne, die man schon habe. Dem stimmte der König zu und erlaubte zudem die roten Paspelierungen und die goldenen Knöpfe. Erst nach den Freiheitskriegen, als Theodor Körner über Lützows verwegene Schar geschrieben hat, kamen die Legenden um diese Truppe auf, die militärisch ein Fehlschlag war. Aus der Zeit dieses Freikorps stammen die Farben Schwarz-Rot-Gold als Freiheitsfarben.

Meine Damen und Herren, insbesondere von der linken Seite des Hauses, die Burschenschaften haben sie weitergetragen. Auch für sie waren sie die Freiheitsfarben. Es waren auch die Farben für ein vereintes Europa. Diese Farben waren bei der Obrigkeit unbeliebt. Die Farben Schwarz-Weiß-Rot waren die Farben von Bismarck. 1919 wurden die Farben Schwarz-Rot-Gold durch die Nationalversammlung in Weimar zu den Farben der Republik bestimmt. Und prompt gab es nicht nur im Inneren eine Kontroverse, sondern es gab zum Beispiel auch mit Belgien einen Riesenstreit, das auch diese Farben benutzt, wenn auch etwas anders, nämlich nicht horizontal, sondern vertikal.

Die Belgier haben seinerzeit deshalb nur bestätigt, dass sie es zur Kenntnis genommen haben, dass in der deutschen Verfassung steht: Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold.

Die Nazis waren keine zwei Tage an der Regierung, als sie Schwarz-Rot-Gold abgeschafft haben. Diese Farben galten ihnen als die Farben der Weimarer Republik, die man überwunden habe. Hindenburg hat mit dafür gesorgt, dass die Hakenkreuzfahne neben schwarz-weiß-rot die deutsche Nationalfahne wurde.

Die Nazis haben schon in der Weimarer Republik Schwarz-Rot-Gold stets diffamiert. Es gab jedoch auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – ehemalige Erste Weltkriegs-Soldaten vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie und zur Demokratischen Partei –, das sie verteidigte. Das Schwarz stand bei den Nazis für Rom. Das Rot stand bei den Nazis für Moskau. Das Gelb – die Nazis sagten Senf und noch Schlimmeres – stand bei den Nazis für das jüdische Gold.

Meine Damen und Herren, heute haben wir Schwarz-Rot-Gold wieder als die Farben von Einheit und Freiheit in unserer Verfassung stehen. Wir haben allen Grund, auf Schwarz-Rot-Gold stolz zu sein. Diese Fahne sehen Sie auf dem Sonderpostwertzeichen. Wir werden unsere Hambacher Fahne in Ehren halten. Sie hat, nachdem sie 1954 dem Landtag übergeben wurde, kurzzeitig bei dem seinerzeitigen Direktor im Amtszimmer gestanden, bis der Landtag sie ihrer Bedeutung gemäß und mit ihrer großen Symbolkraft im Plenarsaal aufgestellt hat.

Hambach ist also im Landtag stets präsent. Heute gehen wir im Rahmen einer Diskussion der Frage nach: „Was bedeutet uns Hambach heute?“

Im Anschluss darf ich Sie schon jetzt, wie bei den Veranstaltungen im rheinland-pfälzischen Landtag üblich, zu einem Empfang einladen. Kredenzen werden wir garantiert rheinland-pfälzischen

Wein, mehr noch: garantiert Wein aus den Lagen zu Füßen des Hambacher Schlosses. Das sind wir uns wert. Seien Sie alle willkommen! Ich begrüße Sie und wünsche Ihnen einen interessanten Abend.



IMPULSREFERAT

PROFESSOR DR. WOLFGANG MICHALKA

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Morgen des 27. Mai 1832 versammelten sich mehrere tausend Menschen – Kleinbürger, Handwerker, Studenten, Bauern und Winzer – in Neustadt an der Haardt und zogen unter Glockengeläut und Gesang feierlich-fröhlich zur Ruine der Kästenburg von Hambach.

Aufgerufen und eingeladen zu dem „Nationalfest der Deutschen“ hatten Mitglieder des Neustadter Pressvereins, einer liberal-demokratischen Vereinigung, deren Ziel die „Wiederherstellung der deutschen Nationaleinheit“ unter einer demokratisch-republikanischen Verfassung war. Anfangs wurde das der baye-rischen Verfassung gewidmete Fest untersagt. Das Verbot wurde aber aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit am 17. Mai wieder aufgehoben.

Das Festbankett für gut 1.000 angemeldete und zahlende Gäste fiel regelrecht ins Wasser. Ein Gewitterregen ging nieder, aber das tat dem Festablauf keinerlei Abbruch. Es wurde getrunken und gesungen. Den Mittelpunkt des Festes aber bildeten Reden und Trinksprüche. Forderungen nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und nach sozialer Gerechtigkeit, nach Presse- und Versammlungsfreiheit und politischer Teilhabe bestimmten bald die Szene. In zahlreichen Festreden wurden die Einheit und Freiheit Deutschlands beschworen.

Am nächsten Tag trafen sich im nahe gelegenen Schießhaus etwa 500 gewählte „Vertrauensmänner“. Sie beschlossen, die Reden in einer „Festbeschreibung“ herauszugeben. Über weitere konkrete Schritte gegen „die Tyrannei des Bundestages“ konnte keine Einigung erzielt werden.

Wir wissen, dass es zahlreiche andere Festveranstaltungen in zeitlicher und räumlicher Nähe von Hambach gab. Es ist jedoch das Hambacher Fest, das als die „größte Massenveranstaltung“ und „erste bedeutende demokratische Volksversammlung in Deutschland vor 1848“ in die Geschichte eingegangen ist.

Trifft das zu, und was macht die Bedeutung von Hambach aus?

Zuerst ist die erstaunliche Zahl der Festteilnehmer zu nennen: Es sollen bis zu 30.000 Menschen gekommen sein. Darin unterschied sich Hambach deutlich von allen anderen Festen. Das war schon wegen der Logistik erstaunlich. Die meisten Teilnehmer kamen aus der Pfalz – hier spielte die Notlage infolge von Missernten, Hunger und Zollquerelen bei Handwerkern und Bauern eine große Rolle; es gab eine schwarze Fahne mit der Aufschrift „Weinbauren müssen trauern“ –, dann aus Hessen, Frankfurt, Baden, wenige aus der Preußischen Rheinprovinz und aus anderen Ländern, an die 300 Burschenschaftler, vor allem aus Heidelberg, und schließlich Polen und Franzosen.

Die als Aufruf in zahlreichen oppositionellen Zeitungen publizierte, aber auch als auflagenstarkes Flugblatt weit verbreitete Einladung zum „Deutschen Mai“, von Philipp Siebenpfeiffer formuliert und von 32 Neustadter Bürgern unterzeichnet, spielte auf die wirtschaftliche und politische Krisensituation in der Rheinpfalz an und betonte, dass die Versammlung nicht „dem Errungenen, sondern dem zu Erringenden“ gewidmet sei, nämlich „dem Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde“.

Um das Kommende zu betonen, wurde dann auch nicht der 26. Mai, der eigentliche Verfassungstag, sondern der 27. Mai gewählt, der obendrein ein Sonntag war, an dem keinerlei berufliche Einschränkungen zu befürchten waren. Bemerkenswert ist auch, dass sich die Einladung nicht nur an Männer wandte, sondern ausdrücklich auch „Deutsche Frauen und Jungfrauen“ aufforderte, die Versammlung „zu schmücken“; denn, so heißt es, „deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung“ sei ein „bedauerlicher und unbedingt zu korrigierender Fehler“.

Der starke Zustrom demonstriert eindrucksvoll die nach 1830 mächtig gewachsene Protest- und Freiheitsbewegung. Erstmals in Deutschland wurde überregional eine politische Öffentlichkeit hergestellt, und zwar europaweit.

„Öffentlichkeit“ wurde im Vormärz zu einem politischen Schlüssel- und Schlagwort, Versammlungs-, Vereins- und vor allem Pressefreiheit zum immer wiederkehrenden Topos. Dabei stellte das öffentliche Fest eine, wenn auch politisch nicht unverdächtige, so doch weniger anfechtbare Form öffentlicher Versammlung dar. Liberale und Demokraten hatten erkannt, dass sich das öffentliche Fest vorzüglich eignete, gesellschaftliche und somit politische Öffentlichkeit herzustellen, politische Meinungen zu transportieren und zu mobilisieren.

Für die bürgerliche Bewegung zielte Öffentlichkeit auf politische Emanzipation und nationale Integration. Den Veranstaltern, die in kämpferischer Stimmung den deutschen Nationalstaat und die bürgerlichen Freiheitsrechte anmahnten, gelang es, der Feier einen nationaldemokratischen Oppositionsgeist von enormer Wirkung zu geben. Das Hambacher Fest von 1832 wurde somit zu einem deutschen Nationalfest mit antifürstlicher Stoßrichtung.

Die aus Frankreich übernommene und für Deutschland entwickelte Festkultur erhielt mit Hambach einen vormals nie gekannten Höhepunkt. Dies lässt sich vor allem an den damals praktizierten massenwirksamen Festelementen dokumentieren: der feierliche Umzug, die Prozession zum Schloss, das Festbankett mit Reden, Trinksprüchen und Adressen, das Pflanzen von Freiheitsbäumen sowie vor allem die später immer wieder beschworenen Symbole und Erinnerungsstücke wie Bilder, Pokale, Pfeifenköpfe und Trinkgefäße. Besonders das Hambacher Tuch, das neben dem Zug der Tausenden hinauf zum Schloss auch die Initiatoren und Hauptredner zeigt, wurde regelrecht zu einer Reliquie der politischen Erinnerungskultur.

Schließlich setzten sich in Hambach die Farben „Schwarz-Rot-Gold“ als deutsche Trikolore, als Standarte der Freiheitskämpfer ein für allemal durch. In bewusster Anlehnung an die Farben der Burschenschaften, wie sie erstmals beim Wartburgfest 1817 getragen wurden, und an die Uniform der Lützower Jäger erinnernd, einem Verband von meist Studenten im Befreiungskampf gegen Napoleon, wurde die schwarz-rot-goldene Trikolore zum Symbol für Freiheit und nationale Einheit.

Auf Kokarden, Schärpen, Fahnen und Bändern wurde sie fortan für ganz Deutschland das Emblem des souveränen Volkes und zur Kriegserklärung an die Fürsten. Der feierliche Zug der Studenten hinauf zur Wartburg 1817, der Zug der Tausenden hinauf zum Hambacher Schloss 1832 und schließlich der feierliche Einzug der gewählten Nationalversammlung am 18. Mai 1848 in die

Frankfurter Paulskirche – stets mit den Farben Schwarz-Rot-Gold geschmückt – entwickelten sich zu symbol- und traditionsträchtigen Ikonen wichtiger Stationen in der Geschichte deutscher Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert.

Allerdings – so könnte gegen Hambach eingewendet werden – wurden der Nachwelt zwar viel Schriftliches und Symbole, jedoch wenig politisch Konkretes hinterlassen. Die umfangreiche Festbeschreibung eignete sich kaum für ein politisches Manifest. Die Organisatoren der Offenburger Versammlung arbeiteten im September 1847 viel professioneller: Dort wurden die Forderungen des Volkes formuliert – 13 prägnante Artikel, die schnell zum politischen Programm der Revolution 1848/1849 werden konnten.

Trotzdem wurde der „Geist von Hambach“ zum politischen Fanal der Liberalen im deutschen Vormärz. Gefordert wurde Freiheit, konkret Presse-, Rede-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit.

Beklagt wurde die Zersplitterung Deutschlands in 39 Einzelstaaten. Ein geeinter und starker deutscher National- und Verfassungsstaat war das Ziel. Propagiert wurden gleiche Rechte für die gesamte Bevölkerung, also auch die Gleichstellung der Frau, die Achtung der Menschenwürde, eine gesetzmäßige und gerechte Staatsverwaltung und letztlich auch die politische Partizipation.

Darüber hinaus sollte ein neues Europa republikanischer Staaten geschaffen werden; denn die auf dem Wiener Kongress geschaffene restaurative Staatenordnung konnte kaum befriedigen. Die Grundlage sollte die Selbstbestimmung freier und gleichbestimmter Völker bilden.

Aus den zahlreichen Reden, die in Hambach gehalten wurden, ragen die von Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth hervor. Siebenpfeiffer schloss seine Eröffnungsrede

mit den folgenden Worten: „Es lebe das freie, das einige Deutschland! Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken [gemeint waren die Franzosen], der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und unsere Selbständigkeit achten! Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!“

Wirth argumentierte radikaler. Er verstand das Fest als „Geburtstag der deutschen Nationalität und der europäischen Gesamtfreiheit“: „Die Natur der Herrschenden ist Unterdrückung, der Völker Streben ist die Freiheit! Hinwegräumung der Throne ist das dringendste Bedürfnis des Jahrhunderts. Ohne Beseitigung der Fürstenthrone gibt es kein Heil für unser Vaterland, kein Heil für Europa, kein Heil für die Menschheit.“

Wirths politische Vision zielte auf ein Europa freier Nationen, auf freien Welthandel und auf eine Gesellschaft, die Wohlstand und Bildung garantieren sollte. Er schloss seine Rede mit einem „Hoch auf das konföderierte, republikanische Europa“.

Die Obrigkeit handelte sofort: Organisatoren und Redner wurden verhaftet, angeklagt und verurteilt. Warum aber diese brutale und drastische Reaktion auf Hambach?

Sicherlich bietet die damalige politische Situation in Europa deutliche Hinweise auf dieses erbarmungslose Verhalten; denn die Juli-Revolution 1830 in Paris hatte die restaurativen Kräfte alarmiert. Das „Krähen des gallischen Hahnes“, wie es Ludwig Börne formulierte, weckte nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa auf.

Neben der Unabhängigkeitserklärung Belgiens, den Unruhen in Italien und in verschiedenen deutschen Kleinstaaten ist vor allem die polnische Erhebung gegen die russische Fremdherrschaft anzuführen, die den Regierenden unmissverständlich vor Augen

führte, wie schnell der Funke der Revolution in das eigene Land springen und sich zu einem Flächenbrand ausbreiten kann. Die Herrschenden standen also unter höchster Alarmbereitschaft.

Die deutsche Polenbegeisterung, die sich in zahlreichen Polenfesten und in der Gründung von Polenvereinen äußerte, erlebte ihren Höhepunkt auf dem Hambacher Fest. „Noch ist Polen nicht verloren“ und „Für unsere und eure Freiheit“ waren die bekanntesten Toaste. Ein europäischer Völkerfrühling wurde propagiert und gefeiert.

Für den österreichischen Außenminister und Staatskanzler Fürst Metternich, der auf jede umstürzlerische Bewegung in Europa wie ein Seismograph reagierte, kam der „Hambacher Scandal“ mehr als gelegen. Er konnte die Karlsbader Beschlüsse von 1819 wieder in Kraft setzen und damit den Zustand vor der Juli-Revolution von 1830 wiederherstellen.

In die unruhige Rheinpfalz wurden 8.500 Soldaten verlegt, fast die komplette Armee Bayerns. Wirth, der gerade noch die Festbeschreibung „Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach“ fertigstellen konnte, wurde verhaftet und der „direkten Aufforderung zum Umsturz der bayerischen Staatsregierung“ angeklagt, mit ihm Siebenpfeiffer und viele andere.

Erst nach einjähriger Untersuchungshaft fand der Prozess statt, und nicht im zuständigen Zweibrücken, sondern in der Festungsstadt Landau. An die 4.000 Soldaten sollten die Ruhe und Ordnung bewahren. Aufgrund des noch herrschenden französischen Rechts – für die Rheinpfalz galt nach wie vor der Code civil – waren die Verhandlungen öffentlich; die stenographierten Verhandlungsprotokolle wurden publiziert, allerdings zensiert.

Die Angeklagten nützten den Assisenprozess, ein Geschworenengericht, als Forum für ihre politischen Forderungen. Es war vor allem Wirth, der in einer vielbeachteten mehrstündigen

Verteidigungsrede sein politisches Programm entwickelte. Schon vor Hambach hatte er sich als Herausgeber vor allem der „Deutschen Tribüne“, einer Tageszeitung, die 1831/1832 erst in München, dann bis zu ihrem Verbot in Zweibrücken erschien, für Pressefreiheit, nationale Einheit, Menschenrechte und europäische Zusammenarbeit engagiert eingesetzt.

In Landau ging er zum Angriff über. Der Angeklagte wurde zum Ankläger. Mutig beschuldigte er die Fürsten als die eigentlichen Hochverräter; denn diese hätten erst Kaiser und Reich verraten und später dann das Volk, das sie zu den Waffen riefen, um gegen Napoleon zu kämpfen.

Nicht den geeinten deutschen Nationalstaat hätten sie geschaffen, sondern die lose und machtlose Konstruktion des Deutschen Bundes. Nicht die erhoffte Freiheit wurde gewährt, sondern die Knechtschaft, die Beschneidung der Menschenrechte, der Obrigkeitsstaat herbeigeführt.

Ganz im Gegensatz zu den Fürsten hätten sich die Angeklagten, so Wirth, „als Opposition“ für die politische Wiedergeburt des Gesamtvaterlandes, für die grundlegende Verbesserung aller sozialen und politischen Verhältnisse sowie für die Herbeiführung einer neuen fruchtbaren Epoche der Kulturgeschichte unter Aufopferung aller Güter und der Gefahr des eigenen Lebens eingesetzt.

Wirths couragierte Anklage mündete in dem Schwur: „Nein! So lange diesen Körper noch ein Hauch beseelt, so lange bleibt sein Geist dem Kampfe gegen die deutschen Fürsten geweiht.“ – Wirths eindrucksvolle Rede wurde begeistert aufgenommen, er selbst wie auch die anderen Angeklagten von den Geschworenen freigesprochen. Allerdings wurden er und Siebenpfeiffer in einem weiteren Prozess – allerdings von niederer Instanz und nicht von einem Geschworenengericht – zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Wirths historische Verteidigungsrede erfuhr unter dem Titel „Die Rechte des deutschen Volkes“ zahlreiche Auflagen und wurde regelrecht zum Evangelium der liberalen Opposition im Vormärz. Kein Wunder auch, dass der Landauer Prozess gern als weit bedeutungsvoller für die deutsche Demokratiegeschichte als das Hambacher Fest bewertet wird. Im Grunde genommen habe er wie die Unabhängigkeitserklärung in den Vereinigten Staaten oder die Erklärung der Menschenrechte in Paris gewirkt.

Heinrich Heine, der aus dem fernen Paris bewundernd-skeptisch und fasziniert-kritisch auf Hambach schaute, zog den Vergleich zum Wartburgfest und konstatierte: „Das Hambacher Fest beurkundet einen großen Fortschritt... Dort auf Hambach jubelte die moderne Zeit ihre Sonnenaufgangslieder, und mit der ganzen Menschheit ward Brüderschaft getrunken; hier aber, auf der Wartburg, krächzte die Vergangenheit ihren obskuren Rabengesang, und bei Fackellicht wurden Dummheiten gesagt und getan, die des blödsinnigsten Mittelalters würdig waren! Auf Hambach hielt der französische Liberalismus seine trunkensten Bergpredigten... Auf der Wartburg hingegen herrschte jener beschränkte Teutomanismus, der viel von Liebe und Glaube greint, dessen Liebe aber nichts anderes war als Haß des Fremden und dessen Glaube nur in der Unvernunft bestand, und der in seiner Unwissenheit nichts Besseres zu erfinden wußte, als Bücher zu verbrennen.“

In diesem Sinne würde heute Heine die aktuelle Auseinandersetzung um die vermeintliche deutsche „Leitkultur“ als absurd, als „ridicule“ abtun.

Für Heine bedeuteten allerdings „jene Hambacher Tage... der letzte Termin, den die Göttin der Freiheit uns gewährte!“ – Damit hatte er Recht; denn die von Metternich und vom Bundestag in Frankfurt veranlassten „drastischen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ruhe und Ordnung“ erstickten den im Mai 1832 in Hambach ausgerufenen und gefeierten „europäischen Völkerfrühling“.

Mit dem Vorwand der Demagogenverfolgung – heute würde man sagen: gegen den Terrorismus – konnten die Burschenschaft verboten, die Universitäten überwacht, die Pressezensur verschärft und die politischen Vereine und Volksfeste verboten werden. Wer schwarz-rot-goldene Fahnen zeigte, dem drohte Gefängnis oder sogar das Todesurteil. Eine Verfolgungs- und Verhaftungswelle setzte ein.

Die „Zentralbehörde für politische Untersuchungen“ mit dem Sitz in Mainz erfasste im sogenannten „Schwarzen Buch“ die Daten von fast 2.000 Personen wegen revolutionärer Umtriebe – darunter Ludwig Börne, Georg Büchner, Heinrich Laube und andere. Das sich immer enger ziehende Netz von Bespitzelung und Kontrolle ließ aus Deutschland einen perfekt organisierten Überwachungsstaat werden.

Die Hambacher befanden sich im Gefängnis oder im Exil. Selbst der Ort des Geschehens wurde umgewidmet. Gerade mal zehn Jahre nach dem Hambacher Fest übergaben Pfälzer Bürger die Burg dem bayerischen Kronprinzen Maximilian zur bevorstehenden Hochzeit mit Prinzessin Marie von Preußen. Seitdem heißt die Kästenburg Maxburg. Damit sollte wohl die Scharte von 1832 ausgewetzt werden.

War Hambach also nur eine Episode? Keineswegs! Denn abermals krächte der gallische Hahn und beendete die bleierne Friedhofsruhe. Im Februar 1848 brach erneut Revolution aus, und zwar zuerst in Sizilien, dann schließlich wieder in Frankreich, wo am 27. Februar in Paris die Tuilerien gestürmt, König Louis Philipp vertrieben und sein Thron öffentlich verbrannt wurde. Der Funke der Revolution sprang über und entfachte einen revolutionären Flächenbrand in nahezu ganz Europa.

Im Westen Deutschlands, vor allem im Großherzogtum Baden, wurden liberale „Märzministerien“ berufen. Offensichtlich ließen hier die Nähe zu Frankreich, aber auch die Tradition von Hambach

angestaute Forderungen nach Freiheit, Einheit und Verfassung rasch in Erfüllung gehen. In Wien und in Berlin dagegen kam es im März 1848 zu blutigen Barrikadenkämpfen.

Am 18. Mai 1848 schließlich versammelte sich in Frankfurt die gewählte deutsche Nationalversammlung. Nicht nur die Paulskirche, sondern auch die ganze Stadt war mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückt. Sie wurden per Gesetz als nationales Symbol erklärt. Es waren linksliberale Abgeordnete der Paulskirche, unter ihnen Robert Blum, die zu Pfingsten 1848 in die Pfalz reisten, um in Neustadt an die Tradition von Hambach anzuknüpfen, um eine Brücke zur Nationalversammlung zu schlagen. Indem diese am 27. Dezember 1848 die „Grundrechte des deutschen Volkes“ verabschiedete, erfüllte sie eindrucksvoll eine der wichtigsten Forderungen von Hambach. Gleiches gilt für die Verfassung vom März 1849, auch wenn sie niemals in Kraft trat. Wir wissen, dass der demokratische Aufbruch von 1848 mit der blutigen Reichsverfassungskampagne 1849 endete.

Das im Januar 1871 in Versailles proklamierte Deutsche Kaiserreich erfüllte zwar eine zentrale Forderung von Hambach und der Paulskirche, nämlich die deutsche Einheit, ihr Preis war jedoch die Freiheit, die auf der Strecke blieb. Nicht mehr der Ruf nach Freiheit und Gleichheit in Europa, sondern die nationale Einheit galt nun als die – jedoch reduzierte – Botschaft von Hambach. Die schwarz-rot-goldene Trikolore musste der schwarz-weiß-roten Fahne weichen.

Erst in Weimar erhielt Hambach wieder seine volle Bedeutung, allerdings beeinträchtigt von parteipolitischer Inanspruchnahme. Angesichts der Besetzung des Rheinlandes, des Sonderstatus des Saarlandes und generell der eingeschränkten nationalen Souveränität der Weimarer Republik erhielt der Ruf nach „nationaler Freiheit“ einen stark revisionistisch-nationalistischen, ja aggressiven Ton und ließ den 1832 gefeierten „Völkerfrühling“ stark in den Hintergrund treten.

Die Hundertjahresfeier im Jahr 1932 kann als eine der letzten Demonstrationen für Freiheit und Einheit gelten, aber bereits mit deutlicher Einschränkung. Die Weltwirtschaftskrise und das nahende Ende von Weimar prägten die Stimmung. Es war der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei und spätere Bundespräsident Theodor Heuss, der als Festredner an das Erbe von Hambach erinnerte und das Ereignis vor hundert Jahren als „erste politische Volksversammlung der neueren deutschen Geschichte“ pries. Aber vergebens. Die Sozialdemokraten blieben der Veranstaltung fern. Lediglich das 1924 zum Schutze der Weimarer Demokratie gebildete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold konnte die Störmanöver besonders von Seiten der Nationalsozialisten gerade noch abwehren. Diese erklärten, dass Deutschland erst dann frei sein werde, wenn auf dem Hambacher Schloss die Hakenkreuzfahne wehe.

Hitlers Anhänger, die hemmungslos alles das für sich vereinnahmten, was ihnen nützlich erschien, beispielsweise den 1. Mai der Arbeiterbewegung zu ihrem Staatsfeiertag erhoben, konnten oder wollten mit Hambach wenig anfangen. Sie haben merkwürdigerweise Hambach „links“ liegen gelassen, obwohl Massenveranstaltungen mit kultischen Einlagen zu ihren Spezialitäten gehörten. Sicherlich erschien ihnen Hambach als zu liberal und international; denn der Ruf nach Freiheit und europäischer Vereinigung war nicht gerade ihr politisches Ziel.

Nach 1945 geriet Hambach in den Deutungsstreit zwischen DDR und Bundesrepublik. Es ging um die Frage, wer das Erbe von Hambach angemessen übernommen und vertreten habe. Für das SED-Regime stellte Hambach zwar eine wichtige Etappe der „frühbürgerlichen Revolution“ dar, die Barrikadenkämpfe vor allem in Berlin im März 1848 wurden jedoch für die Legitimation des neuen Arbeiter- und Bauernstaates viel bedeutsamer und traditionsbildender. Die Würdigung der Märzgefallenen, ihre Bestattung im Berliner Friedrichshain und deren „Vereinigung“

mit den Opfern der Revolution von 1918/1919 erfuhren für die DDR-Geschichtsschreibung und den SED-Staat eine herausragende Rolle und ließen Hambach zurücktreten.

Dies zeigt sich bis zum heutigen Tag. Die der PDS nahestehende „Aktion 18. März“ hatte sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Platz westlich des Brandenburger Tors zum Platz des 18. März 1848 umbenannt wurde. Jährlich wird der damaligen Ereignisse mit einer Prozession vom Brandenburger Tor hin zu den Friedrichshainer Gräbern gedacht.

In der Bundesrepublik war das anders. Besonders das neu geschaffene Bundesland Rheinland-Pfalz stellte Hambach in das Zentrum seiner politischen Tradition. Die Hambacher Fahne hier im Landtag hat eine deutliche Signal- und Symbolwirkung.

Bundesweit an Hambach erinnert wurde, als es darum ging, den 17. Juni 1953, als in der DDR streikende, Freiheit und Einheit fordernde Arbeiter von russischen Panzern niedergewalzt wurden, als Tag der Deutschen Einheit zu würdigen. Es war Gustav Heinemann, der als Bundespräsident dazu aufgefordert hat, die freiheitlich-emanzipatorischen Traditionen der deutschen Geschichte nicht der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR zu überlassen. Er initiierte die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“.

Obwohl Hambach für ihren Standort in die engste Wahl kam, entschied man sich für Rastatt, weil dort bereits im März 1848 Soldaten in einer Petition „Wir sind das Volk“ erklärt und den mündigen „Bürgersoldaten“ gefordert hatten. Der Rastatter Soldatenaufstand im Mai 1849 führte zu einer demokratisch gewählten verfassungsgebenden Versammlung in Baden. Schließlich wurde die Rastatter Bundesfestung zur letzten Bastion der badisch-pfälzischen Freiheitskämpfer in der sogenannten Reichsverfassungskampagne. Ihre Kapitulation vor den preußischen Bajonetten am 23. Juli 1849 bedeutete das Ende der

Revolution. Heute werden in der Rastatter Erinnerungsstätte an einem für die deutsche Geschichte denkwürdigen Erinnerungsort auch die Ereignisse von Hambach und deren Auswirkungen angemessen dokumentiert und gewürdigt.

Ich komme zum Schluss.

Unser Gang von Hambach nach hier und heute, vom Ereignis zur Wirkung, hat gezeigt, dass das Hambacher Fest zu Recht als größte und erste bedeutende demokratische Volksversammlung in Deutschlands Geschichte zu gelten hat. Hambach ist der Höhepunkt einer breiten Bewegung in allen deutschen Staaten und der erste Versuch, die Grundrechte des deutschen Volkes vor dem Geschworenengericht in Landau einzufordern. Dieser „Akt der politischen Repräsentation“ proklamierte Volkssouveränität gegen monarchische Legitimität. Es war kein nationalistisches, sondern ein patriotisches Fest der deutschen Einheit. Deutschland wird begriffen als freier und souveräner Staat in einem konföderierten Europa. Das Einzigartige und bis dahin noch nie Dagewesene hat Wirkung und Sprengkraft über das Jahrhundert hinaus bis heute.

Hambach steht erstmals in der deutschen Geschichte für eine internationale, europäische Manifestation. Neben der deutschen Fahne flatterten die französische und die von Polen. Beide Nationen wurden als Vorbilder und Partner für eine europäische Gemeinschaft begriffen. „Für unsere und Eure Freiheit!“, so wurden die polnischen Flüchtlinge solidarisch begrüßt und gefeiert. Nur ein „conföderiertes“ Europa republikanischer Staaten biete die Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung, für den damals beschworenen „europäischen Völkerfrühling“.

Gerade heute, nachdem sich Europa nach Osten geöffnet und auch Polen in die Gemeinschaft aufgenommen hat, erfüllt sich die eigentliche Aktualität von Hambach.

Schon die Teilnehmer von Hambach, besonders aber die von dieser Massendemonstration herausgeforderten Herrschenden verstanden dieses Ereignis aus ihrer je spezifischen Sichtweise und somit höchst unterschiedlich. Hier die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit, die ihre Menschen- und Grundrechte, ja ihre Teilhabe an der Politik einfordert. Dort der Vorwurf und die Anschuldigung, die bestehende Ordnung nicht nur infrage zu stellen, sondern zum Aufruhr und zum Umsturz aufgerufen zu haben. Die Nachgeborenen haben nicht minder in Hambach das hineingesehen, was ihnen je nach Situation und Zweck opportun erschien. Hambach wird und wurde also je nach Interesse und politischem Ziel vereinnahmt, umgedeutet und instrumentalisiert.

Wir sollten uns heute davor hüten, in Hambach zu viel oder gar zu wenig hineinzudeuten.

Eine Anmerkung zum Schluss: Auch wenn Hambach, wie übrigens Rastatt auch, von den Herausgebern der bekannten Publikation „Deutsche Erinnerungsorte“ offensichtlich keine Gnade gefunden hat und nicht berücksichtigt wurde, so bleibt die Gewissheit: Hambach ist nicht nur ein deutscher, sondern vielmehr ein europäischer „Lieux de mémoire“.



PODIUMSDISKUSSION

JOCHEN HARTLOFF, MDL,
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION

CHRISTIAN BALDAUF, MDL,
VORSITZENDER DER CDU-FRAKTION

HERBERT MERTIN, MDL,
VORSITZENDER DER FDP-FRAKTION

MODERATION: DR. THOMAS LEIF
CHEFREPORTER FERNSEHEN SWR MAINZ

Dr. Thomas Leif: Meine Damen und Herren, wir wollen das tun, was Herr Professor Dr. Michalka mit seinen letzten Zeilen quasi verboten hat, nämlich die aktuellen Bezüge der Hambacher Bewegung auf die Landespolitik analysieren und interpretieren, fragen, was aus diesen Traditionsbeständen geworden ist. Wir sollten es nicht tun, aber wir werden es tun; denn das ist der Auftrag der Veranstalter.

Ich darf ganz herzlich die drei Fraktionsvorsitzenden im Landtag in dieser Runde begrüßen. Das ist eine nicht so häufig zusammentreffende Gesellschaft. Sie birgt viel Brisanz. Sonst reden sie immer nacheinander. Sie können sich vorstellen, dass die Schwierigkeit einer solchen Runde darin besteht, dass jeder sich auf jeden Einzelnen noch einmal beziehen will. Das wollen wir heute unterlassen; denn sonst werden die Beiträge zu lange und zu kompliziert.

Wir wollen entlang von sechs Themenblöcken eine Stunde lang diskutieren und diese nachher zu einem ganzen Bild fügen.

Ich glaube, es geht bei einem solch wichtigen Ereignis auch um die Interpretation von Geschichtspolitik.

Zum Auftakt würde ich gern an jeden Einzelnen die Frage richten, was für ihn als Politiker Hambach persönlich bedeutet.

Herr Hartloff, Sie tragen dieses Symbol von Hambach. Hat das einen Bezug zu Ihrer politischen Biografie? Sehen Sie sich mit der Hambach-Tradition verwurzelt?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Ich sehe mich in dieser Tradition verwurzelt. Ich muss sagen, dass ich ganz lange Bürgermeister von Kusel bin. Da waren Bürger aus meiner Stadt auf dem Hambacher Fest.

Auch wir bewahren eine Fahne vom Hambacher Fest in unserem Museum auf. Es gibt zudem interessante Schilderungen von Menschen, die dort waren, dann auswandern mussten oder geflohen sind. Auch diese Erzählungen haben wir in unserem Museum. Ich weiß das schon aus Zeiten der Volksschule, als wir mit einem sehr interessierten Lehrer dorthin gegangen sind, der uns diesen geschichtlichen Teil beigebracht hat. Insofern habe ich einen ganz persönlichen Bezug und kenne Hambach nicht nur als ein wunderschönes Ausflugsziel.



Thomas Leif

Es ist auch Geschichte von Hambach, dass es ein Fest ist, dass man politische Forderungen mit einem geselligen Teil verbindet. Das ist für uns Pfälzer bis heute durchaus etwas Typisches.

Dr. Thomas Leif: Herr Baldauf, die Nähe zu Hambach könnte für Sie als Schüler oder in der Jugendphase eine ganz besondere Bedeutung haben. Fühlen Sie sich mit den Werten verbunden? Ist das für Sie wichtig?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Ich wohne in Frankenthal sogar in einer Straße, die nach einem der Initiatoren des Hambacher Festes benannt wurde: in der Siebenpfeifferstraße. Aber abgesehen davon: Was Professor Dr. Michalka vorhin ausgeführt hat, ist für mich sehr bezeichnend. Denn ich gehöre zu den Bürgern, die immer in einer Demokratie aufgewachsen sind, die immer ihre Meinung sagen konnten, denen es immer gut ging. Ich kenne andere Zeiten in Deutschland nur vom Hörensagen. Deswegen muss meine Generation aufpassen, unsere demokratischen Rechte und Annehmlichkeiten nicht als selbstver-

ständiglich zu betrachten. Sondern wir alle müssen immer daran denken, dass diese Rechte von Männern und Frauen erkämpft werden mussten. Das Hambacher Fest ist einer der wichtigsten Marksteine auf dem Weg zur Demokratie. Es waren Handwerker und Studenten, Menschen aus ganz unterschiedlichen Schichten und aus ganz Europa, die sich überlegten, wie sie überhaupt zusammenkommen können. Über 30.000 waren es am Schluss.

Man hat 1832 eine Situation geschaffen, die sich erst 175 Jahre später in einer Wertegemeinschaft widerspiegelt. Es erstaunt und berührt mich immer aufs Neue, dass damals bereits Franzosen, Polen und Deutsche zusammenkamen. Auch ich habe noch andere Zeiten erlebt. Mein Wehrdienst fiel in die Zeit des „Kalten Krieges“. An der Grenze gab es Horchposten. Es war schwierig, sich mit Polen oder anderen Osteuropäern zu treffen. Ein einschneidendes Erlebnis war damals für mich eine Wallfahrt nach Lourdes, mit Polen und deutschen Soldaten. Unfassbar, was da zusammenwuchs! Das war die Idee von Hambach, und heutzutage ist sie in ganz Europa Wirklichkeit geworden. Das ist eine bemerkenswerte und tolle Sache.

Dr. Thomas Leif: Herr Mertin, man könnte im Grunde genommen die historische Genese des Hambacher Festes als ideologisches Fundament der Liberalen lesen. Empfinden Sie das heute so für sich persönlich?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Nun sicher. Wenn man sich in einer liberalen Partei engagiert, wie ich es tue, findet man ein Gedankengut und steht für ein Gedankengut, das Hambach geprägt hat. Vieles, was dort gefordert wurde, ist etwas, das das Gedankengebäude der Liberalen Partei darstellt. Insofern ist man mit diesem Fest als Liberaler in besonderer Weise verbunden, auch wenn ich nicht wie die beiden anderen das Vergnügen habe, in der Pfalz geboren zu sein. Aber ich fühle mich diesem Gedanken schon sehr verbunden.



Herbert Mertin

Es ist eines meiner schönsten Erlebnisse gewesen, dass wir es in Deutschland vor einigen Jahren geschafft haben, das, was dort gefordert wurde, zur Wirkung und zur Geltung zu bringen, und zwar ohne dass auch nur ein Schuss fiel. Das fand ich ganz besonders prägnant. Insofern ist das ein Auftrag an uns alle, dafür zu sorgen, dass wir nach Möglichkeit all diese Werte, die damals gefordert wurden, auch zukünftig haben können.

Dr. Thomas Leif: Sie reden bewusst im Konjunktiv. Würden Sie dann sagen, dass wir diese Prinzipien, die damals in der Volksherrschaft gefordert wurden, heute in unserem parlamentarischen und politischen Alltag alle eingelöst haben? Wo sehen Sie Defizite?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Wir haben sicherlich das Grundprinzip schon eingelöst. Wir haben regelmäßig stattfindende Wahlen. Sie sind frei und geheim. Sie führen auch dazu, dass es zu Regierungswechseln kommt. Insofern haben wir sicherlich viel erreicht. Wir haben natürlich das eine oder andere, worüber nachgedacht werden kann. Sicherlich sind die plebiszitären

Elemente in Deutschland nicht so ausgeprägt wie vielleicht in anderen Gegenden. Die Schweiz hat sie in viel ausgeprägterer Form als wir. Das führt aber nicht dazu, dass sich mehr beteiligen. Wenn man sich die Wahlergebnisse bei einzelnen Befragungen anschaut, dann nehmen auch nicht viel mehr teil als teilweise bei uns. Das mag damit zu tun haben, dass viele wie ich auch, die nach dem Krieg groß geworden sind, persönlich nicht erleben mussten, was es bedeutet, die Freiheit nicht zu haben. Es ist völlig selbstverständlich, dies tun zu können. Es ist auch bezeichnend, wenn man den Untersuchungen glaubt, dass die ältere Generation viel fleißiger ist, wenn es darum geht, wählen zu gehen, und die Jüngeren diese Verpflichtung weniger spüren. Es ist unsere Aufgabe, deutlich zu machen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist. Insofern kann man sicherlich durch Veränderung das eine oder andere erreichen. Aber das parlamentarische Geschehen ist heute, eingebettet in diese Medienlandschaft, nicht das, was den Menschen damals vorgeschwebt hat. Wir müssen uns den neuen Gegebenheiten anpassen.

Dr. Thomas Leif: Herr Hartloff, wenn Sie eine Defizitliste aufstellen müssten, was – gemessen an den Postulaten von Hambach – steht auf der Defizitseite? Was stört Sie als Bürger, als Jurist, der heute mit vielen Konflikten zu tun hat? Wo sind die geforderten Rechte und die Postulate heute nicht eingelöst?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Wahrscheinlich war die „Welt“ damals überschaubarer. Deshalb konnte man es direkter greifen, wenn es um die Freiheit ging. Heute sind die Menschen eigentlich frei. Aber diese Freiheit ist uns in vielen Fällen gar nicht bewusst. Sie ist gefährdet – ich nenne einige Beispiele –, weil es auch in Rheinland-Pfalz z. B. Banken gibt, bei welchen man mit allen Persönlichkeitsdaten aufgenommen wird, wo man erkannt wird, wo diese Daten gesammelt werden können, wo man Profile erstellen kann, wie sich einer in seiner Welt verhält. Das kann ausgenutzt werden. Das ist uns nicht bewusst. Die



Jochen Hartloff

Werbung weckt Bedürfnisse und der Mensch glaubt, dass es sein freier Wille sei, wenn er dieser Werbung folgt. Das sind Gefährdungen, die sich immer mehr einschleichen und die uns überhaupt nicht bewusst sind, die auch einer jungen Generation, die sehr unbefangen mit dem Medium Internet umgeht, nicht bewusst ist. Wenn ein Internetanbieter wie Google sich in China darauf einlässt, dass er gefilterte Informationen in ein solches Medium, das zur Freiheit beitragen kann, einstellt, den Informationsfluss also weltweit einschränkt, so ist das eine Gefährdung.

Ganz aktuell: Wenn ich sehe, wie die Angst vor Demonstrationen beim G-8-Treffen in Heiligendamm Blüten treibt, dann sind da auch Gefährdungen gegeben. Man muss immer wieder für die Freiheit kämpfen.

Dr. Thomas Leif: Wenn man das zuspitzt, was Sie sagen, dann haben wir heute quasi Luxusprobleme mit der Demokratie und keine elementaren Defizite.

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Wir haben keine Luxusprobleme. Jede Zeit hat ihre Probleme. Man muss für Demokratie immer neu kämpfen. Mangelnde Aufmerksamkeit und eine zu große Selbstverständlichkeit sind ein Problem für die Demokratie. Wenn keiner mehr wählen geht, wenn es nicht interessiert, was in diesem Hause in der Debatte passiert, dann ist das ein Problem. Wenn es wichtiger ist, wer mit welchem Hündchen, Höschen oder sonst etwas herumrennt, wenn das der Riesennachrichtenwert ist, dann ist das für die Demokratie problematisch.

Dr. Thomas Leif: Herr Baldauf, was ist Ihre Einschätzung? Was steht auf Ihrer Liste ganz vorne, was die Krisensymptome der Demokratie angeht?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Den Begriff „Krise“ lehne ich ab, aber natürlich gibt es Entwicklungen, auf die wir achten müssen.

Immer wieder hören wir, dass die Wahlbeteiligung zurückgeht. Das gilt auch für das gesellschaftliche Engagement. Wir leben in einer Gesellschaft, in der sich die Menschen mehr auf sich konzentrieren und weniger auf die Gemeinschaft. Diesen Gegebenheiten müssen wir uns stellen. Wir müssen daran arbeiten, dass wir dieses Gemeinschaftsgefühl wieder hinbekommen. Diese Idee war in Hambach die Grundlage. Das fehlt mir über weite Strecken in unserer heutigen Welt.

Ich sehe einen meiner Lehrer an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer, Herrn Dreibus, unter den Zuhörern. Dort haben wir Anfang der 90er-Jahre überlegt, wie wir die Gemeindeordnung verändern können, um die Mitarbeit in kommunalen Räten zu steigern. Gucken sie sich heute kommunale Räte, Stadträte oder Gemeinderäte an: Dort liegt die Bürgerbeteiligung fast bei null.

Dr. Thomas Leif: Das hört sich so an wie ein Abfinden mit den Zuständen. Es bedrückt Sie nichts, was im demokratischen Prozess heute immer wieder kritisiert wird. Wenn Sie etwa die



Christian Baldauf

Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt im kommunalen Bereich sehen, dann war diese alarmierend gering. Ist nicht ein Grenzwert erreicht, wo auch Politik in sich gehen und fragen muss, was ist im Feld der Bürgerbeteiligung eigentlich los?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Keinesfalls habe ich gesagt, dass wir uns mit den Gegebenheiten abfinden sollten. Ich habe gesagt, wir müssen die Gegebenheiten erst einmal feststellen und dann überlegen, wie wir sie verändern können. Und mit der Interpretation von Wahlbeteiligungen muss man vorsichtig sein. Die Wahlbeteiligung schwankt stark, je nach politischer Ebene oder den äußeren Umständen. Letztendlich gehen die Menschen wählen, wenn es sie betrifft oder wenn sich etwas verändern soll. Politiker müssen aber auch die Chance haben, tatsächlich Politik zu machen. Das wird erschwert, wenn es Dauerwahlkampf gibt. Denn dann kommen Politiker kaum dazu, langfristige Entscheidungen zu treffen, weil sie für deren kurzfristige Folgen bei der nächsten Wahl abgestraft werden könnten. Wir wählen einfach zu oft hintereinander. Deswegen müssten mehr Wahlen auf einen Termin gelegt werden.

Dr. Thomas Leif: Herr Mertin, wenn man die Demokratiefrage weiterentwickelt hin zur Parlamentarismusreform – Sie haben eben schon einmal dezent gesagt, das ist alles weitgehend in Ordnung und man darf nicht zu viel verschieben. Wie werten Sie die extrem kritischen Äußerungen des früheren Bundespräsidenten Herzog oder des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, die sagen, es muss wieder eine Zentrierung auf die ureigenen Aufgaben des Parlaments geben?

Sie haben früher Regierungserfahrung gesammelt, jetzt Oppositionserfahrung. Was wäre Ihr prioritärer Katalog, was Sie im Landtag verbessert wissen wollen?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Wir haben es mit einer, auch aufgrund der Medien, die unsere Gesellschaft bewegen, ganz veränderten Situation zu tun. Wir können als Parlamentarier nicht vermeiden, dass ein Großteil der Debatten, die auch hier ablaufen, in veränderter Form in den Medien zur besten Sendezeit mit sehr wenigen Akteuren stattfinden. Das können wir nicht verhindern. Das ist Pressefreiheit. Insofern haben wir uns damit auseinanderzusetzen, dass ein Großteil der politischen Debatte, so wie sie öffentlich wahrgenommen wird, gar nicht stattfindet. Wir können es als Parlament nur sehr schwer verhindern, weil es Pressefreiheit ist, über solche Veranstaltungen zu berichten. Insofern haben wir uns zu bemühen und weiterhin zu versuchen, dass die politische Auseinandersetzung auch wieder verstärkt in den Parlamenten selbst geführt wird. Dazu können wir unseren Teil beitragen, indem wir das Forum, um solche Auseinandersetzungen zu suchen, dann auch im Parlament sehen und weniger in solchen Talkshows, die nach bestimmten Ritualen ablaufen. Das setzt allerdings eine gewisse Selbstdisziplin bei Politikern voraus, die ich für mich auch nicht immer in Anspruch nehmen will, weil jeder weiß, welche Wirkung das elektronische Medium Fernsehen auf Menschen hat.

Wenn man Wahlen gewinnen will, muss man dieses Medium auch nutzen. Insofern ist es etwas, was ich sagte, als ich vorhin

andeutete, dass wir uns den veränderten Gegebenheiten anpassen müssen. Aber wir müssen auch selbst in der politischen Auseinandersetzung ein Stück weit das Geschehen in das Parlament zurückverlagern. Da hat sicherlich jeder gesündigt. Deshalb zeige ich mit dem Finger auf niemanden, weil jeder irgendwann einmal beteiligt war.

Aber wissen Sie, wenn im Parlament eine Abstimmung stattfindet und Sie bekommen einen Stapel Änderungsanträge nach dem Motto hingelegt, das haben wir jetzt erarbeitet, dann weiß doch jeder, dass die meisten, die da sitzen, sie nie gelesen haben. Ob sie sie lesen würden, wenn sie drei Wochen vorher da wären, ist eine andere Frage. Aber sie haben gar nicht mehr die Gelegenheit, sie wahrzunehmen. Das ist so, und das ist auch ein Problem, weil politische Auseinandersetzung über das, was beschlossen werden soll, rein faktisch schon gar nicht mehr im Parlament stattfinden kann, weil die Dinge in anderen Gremien vorgeklärt worden sind.

Dr. Thomas Leif: Herr Hartloff, wie sieht Ihr Katalog der Parlamentsreform aus? Sind Sie auch desillusioniert, oder gibt es noch etwas, was auf Ihrem Zettel steht?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Nein, ich bin nicht desillusioniert. Aber man kann sicher etwas verbessern. Man kann Sachen auch anders probieren, wie es die Kollegen in Bayern machen. Warum müssen unsere Debatten den ganzen Tag lang gehen? Kann man nicht sagen, wir machen die öfters, aber kürzer, damit sie auch ein Stück anders vermarktable sind? Man muss sich in dem Bereich bewegen, der vorhanden ist. Ich denke, es ist nicht so, dass zu jedem Tag und zu jeder Stunde über weltbewegende Fragen in einem Parlament debattiert wird. Es gibt Fragen, die zu klären sind. Es gibt Probleme, die zu lösen sind, die aber nicht jeden interessieren müssen. Es geht nicht immer um das Wohl und Wehe der Welt. Diese Woche hatten wir den Nichtraucherenschutz auf der Tagesordnung, was Resonanz findet. Ich glaube, die Vorstellung, dass immer nur Spannung herrscht, muss man auch nicht haben.

Was könnten wir noch machen? – Was aus meiner Sicht gut funktioniert, ist der Schülerlandtag, die Arbeit mit den Jugendlichen, um mehr Verständnis für die parlamentarische Arbeit zu finden. Warum ist es, wenn Publikum herunterschaut und sieht, wie die Kollegen reden und vielleicht etwas lesen, nicht so ruhig wie in der Schulklasse, wie sich dies Lehrerinnen und Lehrer vorstellen? Man muss für eine solche Einrichtung Parlament werben und Verständnis gewinnen. Dann kann man auch etwas gewinnen. Man kann versuchen, Bürgerinnen und Bürger an den Prozessen der Entscheidungsfindung, die wir hier dann debattieren, im Vorfeld mehr zu beteiligen. Da sind wir als Fraktionen und Parteien gefragt. Auch da sehe ich Chancen, mehr Interesse zu erreichen.

Dr. Thomas Leif: Herr Baldauf, haben Sie als Oppositionschef höhere Ansprüche an eine Parlamentsreform?

Christian Baldauf MdL (CDU): Wir brauchen mehr Selbstdisziplin der Abgeordneten, um die Plenarsitzungen straffer, effizienter und damit auch für den Bürger interessanter zu gestalten. Und natürlich auch, um Gesetze erfolgreicher zu erarbeiten. Der Kollege Mertin hat es angesprochen: diese Masse an Änderungsanträgen. Falls diese nur um ihrer selbst willen gestellt werden, damit jede Partei und jede Fraktion „ihren Beitrag“ geleistet hat, wäre das natürlich mehr hinderlich als fördernd. Und damit sind wir wieder bei der Selbstdisziplin.

Dr. Thomas Leif: Was verstehen Sie darunter? Das Wort „Selbstdisziplin“ klingt ein bisschen abstrakt.

Christian Baldauf, MdL (CDU): Das kann ich Ihnen sagen: Darunter verstehe ich, dass man sich mehr Zeit nimmt, um Gesetze so zu erarbeiten, dass sie Hand und Fuß haben und in der Praxis funktionieren. Ich plädiere auch stark dafür, Gesetze mit einem Verfallsdatum zu versehen. Das heißt, wir würden sie nach zwei oder drei Jahren wieder überprüfen, ob sie noch Sinn

machen. Falls nicht, werden sie wieder abgeschafft. Ich komme aus dem Anwaltsberuf und bin Arbeitsrechtler. Da haben sie viel mit Gesetzen zu tun, die einer solchen Überprüfung nicht standhalten würden. Das ist der erste Punkt.

Als zweiten Punkt würde ich die Wahlperioden generell auf fünf Jahre verlängern. Wir befassen uns viel zu sehr damit, unsere Entscheidungen vor dem Hintergrund kommender Wahlen zu fällen. Außerdem dauert es ein bisschen, bis sich eine Fraktion gefunden hat. Wir in der CDU-Fraktion haben 38 Abgeordnete, neun Abgeordnete sind neu. Die brauchen Zeit, um ein eingespieltes Team zu werden.

Ich komme zum dritten Punkt. Ich würde Abgeordnete besser bezahlen. So machen wir diesen Beruf attraktiver, vor allem für Leute aus der Wirtschaft. Es würde das Spektrum der Abgeordneten erweitern, die Qualität in einem solchen Parlament würde noch gesteigert werden. Man braucht aber Anreize, um seinen alten Job aufzugeben und nicht sicher zu sein, ob man den neuen Job fünf Jahre später auch noch hat. Dieser Anreiz ist die Bezahlung.

Dr. Thomas Leif: Dem zuletzt Gesagten widerspricht die Parlamentsforschung. Diese sagt, zwei Drittel der Abgeordneten – Bundestag wie Landtag – erfahren durch den Eingang in das Parlament einen beruflichen Aufstieg. Ist es, wenn man politisch arbeitet, nicht so, dass man entweder im Herzen oder im Kopf Feuer hat und etwas will? Und das Geld dann eine nachgeordnete Rolle spielt?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Sie haben eine idealistische Einstellung. Das ist die Hambacher Einstellung. So sollte es sein. Trotzdem gibt es wenig Menschen aus der Wirtschaft, die in die Politik gehen. Wir müssen uns fragen: Wie motivieren wir zum Beispiel Leute aus dem mittleren Management der BASF, bei uns mitzumachen. Das wird im Zweifel kaum einer tun. Aber wir wollen und brauchen deren Sach- und Fachverstand.

Dr. Thomas Leif: Wenn es mehr Geld gibt, gibt es auch eine höhere Selbstdisziplin?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Ich gehe davon aus, dass höhere Entlohnung zwei Effekte hätte: Erstens würden sich die Abgeordneten mehr auf die Parlamentsarbeit konzentrieren. Zweitens würde der Berufszweig für mehr Seiteneinsteiger attraktiv werden.

Ich bekomme das als Parteivorsitzender mit. Es ist schwierig, neue Parteimitglieder zu gewinnen. Wir haben ab und an auch Probleme – Herr Hartloff wird mir Recht geben –, vor Ort qualifizierte Menschen zu finden, die kandidieren. Es ist auch für die Landtage nicht ganz so einfach. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

Dr. Thomas Leif: Wenn man Ihre drei Zwischenpositionen zusammenfasst, die sich in der „Temperatur“ sehr ähneln, kann man doch feststellen, dass Ihre Gemütslage, die Sie bezogen auf eine Parlamentsreform haben, total anders ausfällt als der öffentliche Diskurs, und zwar auch von Spitzenkräften, wie etwa von Herrn Prof. Dr. Papier, dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, oder des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog. Wie kommt dieser Widerspruch, dass Sie so genügsam sind und die öffentliche Kritik an Ihnen offenbar abperlt?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Ich glaube, wir können uns schon wehren. So genügsam sind wir nicht. Ich will eines hinzufügen: Natürlich sehe ich Chancen im Prozess von Europa oder auch im Föderalismus, dass mehr regional, das heißt in den Landesparlamenten, zu entscheiden ist, damit man andere Befugnisse bekommt und es spannender wird.

Ich will Herrn Baldauf auch widersprechen, was die Frage hinsichtlich der längeren Wahlperioden anbelangt. Man kann immer darüber sprechen, ob die Wahlperiode um ein Jahr verkürzt oder um

ein Jahr verlängert wird. Allzu lange sollte diese jedoch nicht sein. Die repräsentative Demokratie gründet sich auf Wahlen. Man sollte die Spanne nicht zu lang fassen in der Furcht davor, dass diejenigen, die Politik gestalten, sonst keine Entscheidungen trafen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen doch mitgehen. Wenn sie das nicht wollen und wenn man Angst davor hat, dann geht das nicht. Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Hier habe ich eine andere Auffassung.

Dr. Thomas Leif: Herr Mertin, sehen Sie auch diese Kluft zwischen der öffentlichen Kritik, und zwar im akademischen und parlamentarischen Bereich, und Ihrer Darlegung der Parламents-situation heute?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Ich sehe eine Problematik darin, dass es immer schwieriger wird, Menschen zu begeistern, sich politisch zu betätigen und dort aktiv zu sein. Bestimmte Dinge, die in der Politik in einer Demokratie absolut notwendig sind, werden geradezu verunglimpft.

Wenn wir alle etwas erreichen wollen, müssen wir Kompromisse schließen. Das wird in der Öffentlichkeit in keiner Weise als positiv empfunden. Demokratie kann nur funktionieren, wenn wir alle zum Kompromiss bereit sind. Das heißt, wir treten bei Wahlen an, verkünden lupenrein den Kompromiss, den wir schon in unseren Parteien gefunden haben, und wenn wir dann eine Situation haben, die sich hoffentlich nicht so schnell wiederholt, nämlich dass einer über die absolute Mehrheit verfügt, muss man Kompromisse schließen, sonst kann man Demokratie nicht erfolgreich zum Funktionieren bringen.

Das ist eine Situation, die draußen in gänzlich anderer Weise wahrgenommen wird als wir es tun müssen, weil wir sonst politisch gar keinen Erfolg hätten. Deswegen gilt es, immer wieder dafür zu werben, dass sich Menschen aktiv beteiligen. Das ist eine

große Schwierigkeit, die wir natürlich alle in unseren Parteien feststellen, nämlich geeignete Kandidaten zu finden, die die Begeisterung mitbringen, diesen Job zu machen.

Ich sage es deutlich: Wer richtig Geld verdienen will, darf nicht in die Politik gehen. Deswegen bin ich auch nicht in die Politik gegangen. Ich bin Politiker geworden, weil das etwas ist, was mir Spaß macht. Es ist mir als Herausforderung vollkommen ausreichend, mich um gute Lösungen zu bemühen. Das ist natürlich nicht jedermanns Gedankenwelt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir wunderbare Kompromisse finden, damit Demokratie funktionieren kann. Am nächsten Tag werden wir von allen Seiten beschimpft, weil wir nicht in der Lage waren, unsere Vorstellungen lupenrein durchzusetzen. Wenn das ginge, wäre das Diktatur.

Dr. Thomas Leif: Liegt das nicht auch daran, dass es einen schleichenden Kompetenzverfall der Landespolitik gibt, dass immer mehr Kompetenzen gesetzgeberisch auch in andere Sphären gewandert sind? Ist es nicht auch ein Teil der Wahrheit, dass die Landespolitik rein formal immer weniger bewirken und immer weniger Einfluss wahrnehmen kann? Nehmen Sie zum Beispiel Europa.

Herbert Mertin, MdL (FDP): Wir haben eine Föderalismusreform durchgeführt, die das nun ein Stück weit umkehren sollte. Wenn Sie auf Europa abstellen, sehe ich die Probleme weniger bei den Länderparlamenten. Ich denke, der Bundestag muss viel mehr darüber nachdenken, wie es um seine Kompetenzen bestellt ist.

Die Bürger merken es nur nicht. Viele Bundesgesetze, die heute den Menschen begegnen, beruhen auf einer europäischen Richtlinie. Insofern hatte der Bundestag nur noch relativ wenig Spielraum. Das berührt uns in den Länderparlamenten in dieser Weise nicht. Natürlich haben wir das hin und wieder. Der Bildungsbereich ist zum Beispiel sehr wenig europazentriert, sondern eine originäre Domäne der Länderparlamente. Wir haben in der Föderalismusreform gerade das versucht.

Nun erlebe ich, dass man wieder in das alte Fahrwasser zurückfällt. Wir haben gestern in der Plenarsitzung über die Frage der Kinderbetreuung diskutiert, die ich durchaus für wichtig erachte. Es ist eine Länderkompetenz. Was erleben wir jetzt? Wir erleben den Mischmasch von früher. Ich würde es begrüßen, wenn den Länderkompetenzen auch die entsprechenden Finanzmittel folgen würden. Dann könnten wir nämlich ganz originär allein entscheiden und bräuchten nicht den Bund, der uns dann weiter mit subventioniert. Das würde im Parlament ein ganz anderes Agieren ermöglichen, weil wir dann entscheiden würden.

Wie wird es jetzt ablaufen? Wir haben zwar die Länderkompetenz, entschieden wird aber auf Bundesebene, weil der Tropf des Bundes ein Stück weit benötigt wird. Wir, die Länder, Regierung und Parlament, werden dann später die Dinge umzusetzen haben.

Dr. Thomas Leif: Herr Baldauf, wie sehen Sie das? Beobachten Sie in Ihrer Praxis auch eine Verlagerung von Handlungskompetenzen weg vom Landtag? Liegt die Distanz der Bürger zur Politik auch daran, dass das Publikum einen sehr gesunden Instinkt dafür hat und das spürt?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Die Föderalismusreform war aus meiner Sicht dringend erforderlich. Sie ist noch nicht beendet. Es muss auch noch über Finanzströme nachgedacht werden. Jedes Land sollte für seine eigenen Finanzen zuständig sein. Dann kann auch der Bürger sehen, wer wo spart und welche Schwerpunkte setzt. Das würde das Interesse für die Landespolitik deutlich steigern.

Wir hatten eine Kompetenzverschiebung zu Lasten der Länder und eine zu starke Aufgabenvermischung. Das werden wir aber nie ganz in den Griff bekommen. Aber es muss klar sein, wer wofür zuständig ist. Diese Trennung ist nicht immer klar, auch nicht dem Wähler. Deswegen äußerten sich Bundestags- oder Landtagsabgeordnete auch zu Themen, für die sie nicht zuständig waren.

Schon deshalb war es wichtig, die Föderalismusreform durchzuführen. Jetzt ist alles transparenter und die Bürger können besser nachvollziehen, wer wofür zuständig ist. Das ist entscheidend.

Wir dürfen uns als Landtage nicht überbewerten. Glücklicherweise ist Europa zusammengewachsen und wir sind ein Teil davon. Aber deswegen müssen wir sehr viel europäisches Recht umsetzen, was zu Lasten der eigenen Entscheidungsfreiheit geht. Das betrifft sowohl den Bund als auch die Länder.

Dr. Thomas Leif: Ist es nicht auch eine Gefahr für die Existenzberechtigung, für die tägliche Relevanz der parlamentarischen Arbeit?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Nein, das nicht. Sie können das nicht verallgemeinern. Nehmen Sie einmal die Bildung und die kommunale Ausstattung, die Grundprinzipien der Länderebene. Hier kann man die Frage stellen: Soll man Bildung einheitlich in Deutschland regeln oder lässt man jedes der 16 Bundesländer seinen eigenen Weg gehen? Ich bin der Auffassung, dass 16 unterschiedliche Ideen auch zu einem gesunden Wettbewerb führen, aus dem sich die beste Idee herauschält. Dieser Wettbewerb, der die Kreativität beflügelt, wird durch Zentralismus behindert und durch Föderalismus gefördert.

Es gibt sicherlich andere Kompetenzen, wie die Polizei und Ähnliches, wo man über einheitliche Regelungen nachdenken kann. Aber immer muss gelten: Das, was vor Ort besser zu entscheiden ist, muss auch vor Ort entschieden werden. Wir sind in Deutschland unterschiedlich strukturiert. Es gibt gewisse Dinge, die Sie hier in Rheinland-Pfalz nicht so wie in Sachsen, Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern regeln können.

Dr. Thomas Leif: Herr Hartloff, vielleicht können Sie noch etwas Dynamik in die Debatte bringen. Sie sitzen in Ihrem Arbeitszimmer und studieren Ihre vielen Akten. Gibt es, wenn

Sie ganz ehrlich sind, die Situation, dass Sie Europa und die Europäische Kommission verteufeln? Ist das schon einmal vorgekommen?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Ich verteufele Europa sehr selten. Wir hatten kürzlich im Kabinett eine Debatte, in der wegen einer Norm sehr auf Europa geschimpft wurde. Dann hat der Minister vorgetragen, dass es sich bei der Norm nicht um eine Vorgabe Europas handele, sondern eine deutsche Norm ursächlich sei. Da ist Europa oft auch ein Popanz.

Europa ist nicht so sehr demokratisch organisiert. Daran müssen wir arbeiten. Wenn ich weiß, dass unser Verfassungsgericht über die Frage der Abstimmung über eine EU-Verfassung nicht entscheidet, weil es sagt, in den anderen Ländern sind diese Sachen teilweise auf Eis gelegt, dann finde ich, ist das ein Witz. Wir müssen genau diese demokratischen Elemente stärken, damit wir das für die Menschen mit einer Verfassung in Europa greifbarer haben. Darin steckt eine riesige Chance. Wir sind in der Gefahr – ich werde es salopp sagen –, das zu „verdödeln“.

Lassen Sie mich auch ein bisschen den Ausführungen widersprechen, die zu dem Verlust von Kompetenzen bei Landtagen gemacht worden sind. Ich habe manchmal die Freude, mit Abgeordneten zu sprechen, die schon lange aus dem Landtag ausgeschieden sind und früher einmal Reden gehalten haben. Manchmal schaue ich in die alten Protokolle und sehe, über was debattiert wurde. Ganz am Anfang ging es um die Frage, wo gibt es hier etwas zu essen und welche Essensmarken gibt man aus. Das war auch nicht die große Welt von Politik. Hier sind nicht Zuständigkeiten verloren gegangen.

Wir haben heute das Problem einer ein Stück anderen Wahrnehmung. Ein Gesetz ist mit seiner Ankündigung schon so gut wie gegessen. Der ganze Prozess und die Veränderungen werden ganz schwer wahrgenommen und lassen sich schwer vermitteln.

Wir hatten in der gestrigen Plenarsitzung in zweiter Beratung über eine wichtige Änderung zum Kindertagesstättengesetz zu diskutieren. Diese haben wir schon vor Monaten im Kabinett angekündigt. Dass die Änderung gestern beschlossen wurde, das läuft so mit. Die Ankündigung ist schon fast die Diskussion. Mit diesem Problem kämpft nicht nur der Landtag, sondern auch der Bundestag.

Dr. Thomas Leif: Haben Sie ein Rezept, was man dagegen tun kann?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Ich habe kein Patentrezept, sondern sage, es ist viel Vermittlungsarbeit nötig. Hier haben wir als Abgeordnete eines Landtags eine Chance, weil wir für die Bevölkerung die greifbaren Ansprechpartner sind. Es wird oft gesagt, die Parlamente sind zu groß. Das hiesige Parlament – heißt es manchmal – würde auch mit 60 Abgeordneten oder 80 Abgeordneten funktionieren. Im Land wären wir aber nicht mehr greifbar. An uns und an die Kolleginnen und Kollegen werden die Probleme herangetragen, und zwar ganz gleich, ob sie den Bund oder Europa betreffen. Wir sind auch ein bisschen Schaltstelle und Vermittler von gewählter Politik, die über das Örtliche hinausgeht. Das ist eine ganz wichtige Funktion der Landtagsabgeordneten.

Dr. Thomas Leif: Das steht aber in keinem Sozialkundebuch so deutlich drin.

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Wir schreiben keine Sozialkundebücher. Die Leute sind viel zu wenig am Thema dran, und zwar auch die Professoren, die Sie vorhin genannt haben. Wenn man manchmal sieht, was diese in ihre Urteile hineinschreiben, wie Politik funktioniert, dann hat man den Eindruck, dass sie sich nicht so sehr mit der Praxis beschäftigt haben.

Dr. Thomas Leif: Alte Fuhrmänner im Landtag haben schon gesagt, heute wäre es so, dass 80 % der Abgeordneten im



Grunde genommen für die Transmission der Politik draußen zuständig wären. Das wird intern gelegentlich gesagt. Von daher kann es sich noch weiter herumsprechen.

Ich würde gern im dritten Kapitel ein etwas politisch kontroverseres Thema ansprechen, das auch im einleitenden Referat angeklungen ist. Und zwar Hambach als eine Demonstration, zu der auch ein gewisser Mut nötig war, weil es auch Repressionen der damaligen Gegenmacht gab.

Herr Mertin, nehmen Sie als ehemaliger Justizminister und als Liberaler, der die Grundrechte liebt und kennt, einmal die Vorbereitungen für den G-8-Gipfel: Ist das, was dort passiert, aus Ihrer Sicht noch die Praxis eines liberalen Rechtsstaates, wenn Sie die Bilder, die Riesenzäune, die Vorbereitungsmaßnahmen, die Vorbeugehaft etc. sehen? Leuchtet Ihnen das ein? Ist das in Ihrem Sinne?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Es ist bedauerlich, dass solche Konferenzen in Anbetracht dessen, was wir in den letzten Jahren

an Attentaten und Terroranschlägen erleben mussten, nur mit einem sehr hohen Sicherheitsaufwand durchgeführt werden können. Ob das im Einzelfall überdimensioniert ist oder nicht, kann man nur beurteilen, wenn man die Einschätzung der Polizei, der Sicherheitsbehörden kennt. Insofern möchte ich das heute weder so noch so beantworten.

Es ist ein bedauerlicher Umstand, dass solche Dinge nur mit einem sehr hohen Sicherheitsaufwand versehen durchgeführt werden können und dass wir erleben müssen, dass vor dem Hintergrund der Angst der Menschen vor solchen Attentaten nicht nur dort in dieser Weise agiert wird, sondern man an vielen Stellen auch gesetzgeberisch aktiv geworden ist. Wir haben glücklicherweise das Bundesverfassungsgericht, das uns in den letzten Jahren schon ein paar Mal „auf die Finger gehauen“ hat, wo sehr deutlich gemacht wurde, Demokratie darf und soll sich schützen. Das darf aber nicht so weit gehen, dass die Grundrechte aufgegeben werden. Dies im Einzelfall von Rheinland-Pfalz aus zu prüfen, ist vermessen. Sollte jemand sich zu Unrecht in seinem Demonstrationsrecht beeinträchtigt fühlen, haben wir in Deutschland eine unabhängige Justiz, die das überprüfen kann. Das ist wichtig.

Dr. Thomas Leif: Es spricht immer wieder der frühere Minister mit hoher Diplomatie in jedem Satz.

Wir werden einmal schauen, ob Herr Baldauf dies anders sieht.

Herbert Mertin, MdL (FDP): Man muss sehen, Polizeirecht ist Ländersache. Die Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern üben dort ihr Polizeirecht aus.

Dr. Thomas Leif: Mit bundesweiter Verstärkung.

Herbert Mertin, MdL (FDP): Natürlich. Wir helfen uns gegenseitig. Es wäre ja schlimm, wenn es nicht so wäre.

Aber dann muss man die Kollegen dort die Dinge entscheiden lassen. Dann sollte man sich von rheinland-pfälzischer Seite nicht einmischen.

Dr. Thomas Leif: Der bevorstehende G-8-Gipfel ist aber ein großes Ereignis.

Vielleicht kann Herr Baldauf die Sache zuspitzen.

Einer der Vordenker der rheinland-pfälzischen CDU, Heiner Geißler, der sehr wichtig ist, wird dort unter der Fahne von Attac, der Bewegung für Alternativen zur Globalisierung, demonstrieren. Könnte es sein, dass er möglicherweise in Vorbeugehaft genommen wird und Sie ihn dann als Anwalt vertreten?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Das ist sehr unwahrscheinlich.

Christian Baldauf, MdL (CDU): So ist es. Ich muss Sie leider enttäuschen. Ich kann mich nur der Meinung von Herrn Mertin anschließen. Man sollte nicht über Ausmaß und Qualität der Sicherheitsvorkehrungen urteilen, ohne die tatsächliche Lage zu kennen. Am Anfang stehen die Fakten. Jetzt ein Urteil abzugeben, wäre verfrüht.

Wenn Sie mich wegen Heiner Geißler fragen, kann ich Ihnen eine einfache Antwort geben: Bei Attac zu demonstrieren, ist seine Entscheidung. Ich persönlich sehe keinen Grund, unter dem Dach einer Organisation zu demonstrieren und sich damit auch ein Stück abhängig zu machen. Jeder kann für sich demonstrieren. Wir haben ein Demonstrationsrecht in unserem Grundgesetz. Wir können juristisch gegen Dinge vorgehen, die nicht ordnungsgemäß ablaufen. Ich komme ein bisschen aus dem Metier. Ich weiß, wie die Urteile fallen: In der Regel schützen die Gerichte eher die Demonstrationsfreiheit, als sie einzuschränken. Die Aufregung ist unbegründet.

Dr. Thomas Leif: Herr Hartloff, in der Frage gibt es wahrscheinlich eine ganz große Koalition. Teilen Sie auch die Position der beiden Vorredner?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Ich denke, es muss immer möglich sein, solche Veranstaltungen durchzuführen, und dass sie nicht in einer Form bedroht sein können, die eine Aufrüstung in einem Maße notwendig macht, dass es aus meiner Sicht fast nicht mehr vertretbar ist.

Dr. Thomas Leif: Den Satz muss man sich noch einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Mit dem, was man jetzt mit Schnüffelhunden gefordert hat – unabhängig davon, ob es nützt oder nicht, ob es verwertbar ist oder nicht –, greift man zu weit präventiv ein, weil wir Angst haben und vermeintliche Sicherheit brauchen, wodurch die Freiheit bedroht ist. Natürlich hat Frau Merkel in einem Gespräch mit Herrn Putin deutlich gemacht, dass bei uns andere Rechtszustände herrschen als in seinem Land. Allein, er kann schon damit argumentieren und zeigen, dass es auch bei uns solche kritische Situationen gibt.

Wir brauchen gar nicht so weit zu gehen: Als Herr Bush in Mainz war, war die Stadt sozusagen gesperrt. Leute haben hineingehen müssen, dass in ihre Wohnungen hineingegangen wurde, weil Sicherheit vorgeht. Das ist für eine Demokratie grenzwertig. Man muss sich jeden Schritt gut überlegen. Man hat die rechtliche Überprüfungsmöglichkeit. Aber was nützt sie einem, wenn sie – wie manchmal geschehen – 14 Tage später stattfindet. Dann ist gehandelt.

Durch die große Bedrohung Terrorismus – immer mit diesem Schlagwort – verändert sich nach meiner Beobachtung unser Rechtsstaat in den letzten Jahren schon. Das muss man kritisch sehen.

Dr. Thomas Leif: Können Sie das qualitativ ausführen?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Indem Justizmöglichkeiten und Polizeimöglichkeiten ausgeweitet, die Kontrollmechanismen größer werden und dem Staat mehr Kontrolle eingeräumt wird. Das sind teils kleine Sachen: Videoüberwachungen. Das sind größere Sachen, die in den Rechtsraum hineingehen. Ich denke, das muss man sehr wohl, wenn man unter der Hamburger Fahne sitzt, kritisch betrachten. Man muss jeden Schritt, den man möglicherweise selbst mitentscheidet, immer reflektieren: Ist er zu eingreifend für ein demokratisches Staatswesen, fließt es uns weg, oder ist er vertretbar und notwendig? Da ist aus meiner Sicht manchmal über das Ziel hinausgeschossen worden. Da nehme ich den früheren Bundesinnenminister Otto Schily wie auch den bayerischen Innenminister Günther Beckstein nicht aus. Das sind bedingte Reflexe, die durch das Land laufen. Dann meint der Nächste, er muss sich noch ein bisschen mehr profilieren, da muss man noch etwas draufsetzen. Irgendwo etwas darunter ist dann der Kompromiss. Über den spricht man dann zwei Jahre später schon nicht mehr, weil es schon die nächste Möglichkeit gibt. Technisch ist heute natürlich viel mehr möglich.

Dr. Thomas Leif: Glauben Sie, dass die Bürger die Einschränkung von Bürgerrechten spüren, dass dies ankommt und dies die Atmosphäre in der Demokratie verändert?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Ich glaube, dass es die Atmosphäre verändert. Ich denke allerdings, dass sich die Bürgerinnen und Bürger solchen Fragen nicht so sehr bewusst sind, weil sie sich selbst nicht so sehr damit beschäftigen und die Mentalität besteht: „Ich mache doch nichts, ich bin doch kein Terrorist, also habe ich auch nichts zu verbergen.“ Es ist so ein bisschen kritischer Geist, der in den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts für solche Entwicklungen vorhanden war, mehr zurückgegangen. Eine Sensibilisierung ist weg. Da ist

Politik nicht alleine schuld. Wenn Sie das Persönlichste in Talkshows, bei Big Brother und anderen Sendungen interessant machen, dann gehen Schwellen zurück, die schützenswert sind.

Dr. Thomas Leif: Herr Baldauf, in der Frage der Bürgerrechte wurde über das Ziel hinausgeschossen. Sehen Sie das genauso wie Ihr Vorredner?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Es ist ein bisschen schwer zu greifen.

Ich wollte direkt zu der Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Justiz etwas sagen, weil bei Ihnen sehr viele Allgemeinplätze dabei waren. Da hätte ich gerne konkretere Aussagen.

Dr. Thomas Leif: Das war doch in der Diskussion schon recht konkret.

Christian Baldauf, MdL (CDU): Bei den Schnüffelhunden schon. Aber eine Hundeschnauze wird niemals ein Beweismittel sein. Deshalb ist das eine rein theoretische Frage.

Nehmen wir zum Beispiel die Videoüberwachung: Da gab es in der letzten Wahlperiode auch hier im Parlament unterschiedliche Meinungen. Wir, die CDU, wollten Videoüberwachung immer an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen. Das war sehr umstritten. Aber hätte man es nicht gemacht, hätte man die potenziellen Kofferbomber von Koblenz nicht gefunden. Wir leben leider in einer gefährlicheren Welt als noch vor dem 11. September 2001. Da muss man einige Einschränkungen mehr in Kauf nehmen. Diese dürfen allerdings niemals in die Privatsphäre hineingehen. Da bin ich auch strikt dagegen. Mir persönlich macht es doch nichts aus, ob ich auf dem Bahnhof oder irgendwo gefilmt werde oder nicht. Wenn ich das vorher weiß, ist es kein Problem. Wir müssen diese Vorkehrungen treffen. In anderen Ländern gibt es weitaus

größere Identifizierungsmöglichkeiten. Warum sollen wir von vornherein diese Schutzmaßnahmen unterlassen und dadurch Attentate erleichtern? Das können wir nicht tun.

Dr. Thomas Leif: Herr Mertin, gibt es aus Ihrer Sicht einen Unterschied in der Analyse von Herrn Hartloff, beispielsweise was er als grenzwertig bezeichnet hat?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Ich glaube, Herr Hartloff und ich sind da eher näher beieinander.

Ich wollte nur auf einen Unterschied hinweisen: Als die Menschen in Hambach demonstriert haben, hatten sie all das, was wir heute haben, nicht. Sie haben für Freiheit, für Pressefreiheit und, wenn man so will, für Demokratie demonstriert. Das haben wir heute alles.

Ich erinnere mich an eine Auseinandersetzung, wo wir am Schluss vom Bundesverfassungsgericht alle einen auf den Deckel bekommen haben, als es um die Frage ging: Großer Lauschangriff ja oder nein. Da hatte ich einen Mandanten, der hat immer zu mir gesagt, wieso stimmen Sie da nicht zu, das ist doch kein Problem. Wer nichts getan hat, hat auch nichts zu verbergen. Das ist eine ganz weitverbreitete Haltung. Mit dieser Haltung haben wir es heute zu tun. Die absolute Mehrheit denkt so.

Eines Tages wurde dieser Mandant, der ein sehr seriöser Mensch ist, ganz rechtmäßig als sogenannter Dritter, der mit dem Strafverfahren nichts zu tun hatte, aber weil bei ihm Unterlagen hätten sein können, die für das Strafverfahren von Bedeutung sind, zu Hause besucht und durchsucht. Als er dann am nächsten Tag in meine Kanzlei kam, hat er gesagt: Und Sie stimmen dem Großen Lauschangriff jetzt nicht mehr zu! Er hat nämlich plötzlich hautnah erlebt, was der Staat schon ohne Großen Lauschangriff alles kann. Der Staat kann ungeheuer viel nach den Regelungen, die wir haben. Nur jeder, der sich normal und korrekt verhält, spürt das

nie und wird es auch nie spüren; es sei denn, es trifft ihn wie meinen Mandanten. Es ist das Problem für uns, wenn wir davor warnen, solche Regelungen zu treffen, dass die meisten davon ausgehen, es wird mich ja nie treffen, weil ich nichts tue.

Dr. Thomas Leif: Was ist die Quintessenz für die politische Praxis? Was schließen Sie daraus?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Dass wir umso sorgfältiger, wenn solche Vorschläge kommen, die Dinge analysieren, und selbst wenn es unpopulär ist, dagegen vorgehen müssen.

Ich habe als Justizminister, als es einen Vorfall im Nachbarbundesland gab, wo über Folter und entsprechende Instrumentarien gesprochen wurde, sehr deutlich gesagt, so positiv man das Ziel, das sie verfolgt haben, vielleicht bewerten will, nach unserer Rechtsordnung kann es Folter nicht geben. Wenn ich dann von sehr renommierten Professoren des deutschen Rechts Schreiben erhalte, die mir dann genau erklären, weshalb es doch geht, zeigt dies, dass man immer wieder gegen diesen Mainstream ankämpfen muss. Das ist etwas, was unsere Aufgabe ist. Es ist für Politiker natürlich schwierig, wenn sie feststellen, dass diejenigen, die sie wählen sollen, eigentlich ganz anders denken.

Dr. Thomas Leif: Ist dieser Mainstream in Ihrer eigenen Partei schon angekommen? Der Grundrechtskanon, der früher in der FDP sicher aufgehoben war, der bröckelt doch auch. Es sind doch wenige, die sich regelmäßig äußern, die sich klar positionieren. Ist aus Ihrer Sicht diese Mentalität bei Ihnen schon angekommen?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Wir müssen uns immer wieder neu fragen und neu ordnen. Natürlich haben wir zum Beispiel beim Großen Lauschangriff nach einer langen, intern geradezu quälenden Debatte als Partei dann in einer Urabstimmung innerhalb unserer Mitgliederschaft die Haltung verändert. Wir haben letztlich beim Bundesverfassungsgericht Schiffbruch erlit-

ten. Das hat den einen oder anderen aber wieder nachdenklich gemacht. Nur eines darf man bei dieser Debatte nicht vergessen: Es gibt eine Reihe von Grundrechten. Dazu gehört auch Lebensschutz. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist das auch eine Aufgabe, die der Staat wahrzunehmen hat, das heißt, wir können nicht einfach sagen, das Demonstrationsrecht ist über allem stehend. Wenn dadurch Leben bedroht ist, ist das mit in die Abwägung zu bringen. Es ist die Schwierigkeit, dass wir mit unterschiedlichen Grundrechten operieren müssen. Je stärker das Leben eines Einzelnen bedroht ist, umso mehr dürfen wir auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bis zu bestimmten Grenzen in Grundrechte eingreifen. Es ist die Schwierigkeit, im Einzelfall eine solche Abwägung richtig zu treffen.

Ich halte es zum Beispiel für völlig überzogen, dass sechs Monate lang sämtliche Kommunikationsdaten in Europa gespeichert werden müssen, weil Europa das beschlossen hat. Ich halte das für deutlich überzogen.

Dr. Thomas Leif: Haben Sie dies in der Öffentlichkeit auch schon einmal so deutlich überzogen genannt?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Ja, natürlich.

Dr. Thomas Leif: Das kam nicht so an.

Ein Scharnierthema unserer bis jetzt vier Blöcke war die Mediensituation.

Herbert Mertin, MdL (FDP): Das war zum Beispiel ein Punkt, wo wir früher nicht immer einer Meinung waren, weil auf Bundesebene die Vorgabe so war.

Christian Baldauf, MdL (CDU): Ich habe gemerkt, es sind in der letzten Zeit mehr Punkte geworden.

Herbert Mertin, MdL (FDP): Wenn man nicht mehr in einer Koalition ist, muss man keine Kompromisse mehr schließen. Das ist der Vorteil.

Dr. Thomas Leif: Wir kommen jetzt zur Mediensituation. Bei der Mediensituation war von allen Seiten in den ersten Antworten ein Hinweis auf die krisenhafte Politikvermittlung als Stichwort gegeben worden.

Herr Baldauf, würden Sie so weit gehen, dass die Medien auch auf Landesebene in der Politikvermittlung versagen?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Nein, so ist es nicht. Wir haben Pressefreiheit. Journalisten wählen Themen aus, recherchieren, berichten und sagen ihre Meinung. Damit müssen wir als Politiker umgehen und versuchen, unsere eigenen Schwerpunkte in den Medien unterzubringen. Wir sind auf die Journalisten angewiesen, aber sie gleichzeitig auch auf uns. Ich will es als spannendes Spiel beschreiben. Nein, zu schelten oder neue Regeln aufstellen zu wollen, wäre falsch. Natürlich freut man sich nicht über jeden Artikel, ab und zu vermisst man auch ein Thema. Aber da muss man eine Nacht darüber schlafen, und dann ist es wieder gut.

Dr. Thomas Leif: Aus Ihrer Partei kommen immer interessante Impulse, wie jetzt von Herrn Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, wie etwa: Politik macht sich zu billig. – Haben Sie sofort mit Verständnis reagiert, als er Ihnen empfahl, zwei Jahre lang jede Talkshow zu meiden, obwohl Sie wahrscheinlich sehr interessiert sein werden, irgendwann einmal bei Sabine Christiansen oder ihrer Nachfolgerin zu landen?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Ich weiß nicht, ob ich da unbedingt hin möchte. Das ist auch vom Thema abhängig.

Herr Lammert provoziert mit dieser Aussage. Ich finde das gut, weil er damit klarmacht, dass nicht jedermann zu jedem Thema

seine Meinung sagen muss. Das ist, was ich vorher mit dem Wort „Selbstdisziplin“ meinte.

Ich gebe aber auch zu, dass die Politik heutzutage sehr PR-lastig ist. Ich wage immer die Behauptung: Die Wahlen gewinnt man bei der Feuerwehr und bei Vereinen. Das ist ein harter Spruch, aber wahr. Von daher muss man auffallen, vor Ort sein und sich sehen lassen. Leider kommt es manchmal zu wenig auf die Inhalte an. Herr Lammert möchte mit seiner Forderung erreichen, dass wieder mehr über die Inhalte gesprochen wird und Gesetzesvorhaben ordentlich gemacht werden. Das kann ich nur unterstreichen.

Dr. Thomas Leif: Herr Hartloff, Herr Lammert sagt in dem Interview der „Berliner Zeitung“ bezogen auf die Talkshows: Die Politik macht sich in vielen Zusammenhängen zu billig. – Wäre für Sie eine Talkshow-Abstinenz eine Art gute Medizin?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Es wäre vielleicht ein frommer Wunsch, aber eine „Talkshowisierung“ von Politik ist nun einmal geschehen. Das gehört zu dem Verkaufen dazu. Es ist nicht so, dass dann dort nicht mehr über Politik gesprochen würde. Wenn dort kein Politiker aus der ersten Reihe mehr sitzt, dann sitzen dort welche aus der zweiten oder dritten Reihe oder Personen, die überhaupt nicht in diesem Bereich tätig sind, und unterhalten sich über Politik.

Das machen dann die Meinungsforscher. Auch dann sitzen dort zwei Handvoll Leute. Es obliegt dem Sender, wer für welche Meinung anwesend sein soll. Die Zuhörerinnen und Zuhörer wissen oft schon vorher, wer aufflimmert, was zu erwarten ist und wie spannend oder wie langweilig es wird. Natürlich haben kleinere Gruppen medial bessere Möglichkeiten.

Ich glaube nicht, dass das funktioniert. Ich hätte nur den Wunsch, dass die Inhalte nicht dort entschieden und komplett thematisiert

werden, sondern in den Parlamenten, wohin sie gehören. Das ist eine Frage, bei der man sagen kann, wir müssen hier darüber diskutieren.

Dr. Thomas Leif: Herr Mertin, sind die Politiker nicht selbst schuld, dass sie diese Trends zum Oberflächlichen fördern? Schauen Sie sich einmal das Beispiel mit dem bei der 60-Jahr-Feier des Landes ausgeschenkten Wein an. Es ist der Fauxpas passiert, dass Rheingau-Wein ausgeschenkt wurde. Das Thema wird hochgezogen. Die Medien reagieren. Man hat den Eindruck, der unglücklicherweise ausgeschenkte Wein wird plötzlich wichtiger als ein fundamentales landespolitisches Thema eingeschätzt, er sei fast ein Weltuntergang. Ist dies nicht eine Skandalisierungsspirale, die von der Politik ausgeht und von den Medien aufgegriffen wird?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Ich möchte es konkret beim Wein festmachen. Menschlich und normal ist, dass ein Fehler passieren kann. Das wurde aus meiner Sicht erst zum Thema, als man das bemerkt hat. Fragen Sie einmal Ihre Kollegen, welche unterschiedlichen Deutungen des Vorgangs gegeben wurden. Das war das Grundproblem.

Es ist auch Aufgabe des Parlaments, über einen solchen Fauxpas einmal zu debattieren. Er ist nicht so weltbewegend, dass deswegen die politische Landschaft umstürzen würde. Die Gefahr auch für die Medien selbst, wenn es um Politik geht, sehe ich darin, wenn bestimmte Dinge inszeniert werden und darüber berichtet wird und sich später herausstellt, dass es das gar nicht gegeben hat.

Ich erinnere mich zum Beispiel an ein sehr aufgeregtes Thema. Es wurde über Ku-Klux-Klan-Aktivitäten berichtet. Das war auch im Fernsehen. Später stellte sich heraus, dass der Journalist das nachgestellt hatte. Dazu gehört auch, wenn Sie von einem Journalisten einer sehr bekannten Publikation, die ganz Deutschland zu lesen bekommen kann, angerufen und gefragt

werden, ob man bereit ist, folgende Meinung abzugeben. Dann haben wir die Grenze überschritten.

Ich habe kein Problem damit, zu einer Talkshow zu gehen und über ein bestimmtes Thema zu diskutieren. Das gehört zu unserem Job. Unser Job ist, Inhalte zu vermitteln, zu transportieren und die Öffentlichkeit zu informieren. Dazu kann auch eine Talkshow dienen. Das heißt aber nicht, dass die Arbeit nicht letztlich doch gemacht werden muss.

Ich sehe vielmehr die Gefahr darin, dass der eine oder andere sich versucht fühlt, als Medium selbst Politik zu machen. Das ist ein Problem. Diese kleinen Gefahren habe ich gesehen. Ich sehe aber auch ein riesiges Problem darin, dass auch aus dem Ausland heraus versucht wird zu steuern. Wenn ich mir die „Karikaturdebatte“ vor Augen führe, dann ist das ein Problem.

Ein Weiteres – das Bundesverfassungsgericht hat da zum Glück zwischenzeitlich eingegriffen – war die Art und Weise, wie man die Möglichkeit in der Praxis erweitert hat, bei Journalisten zu durchsuchen.

Mein Problem, wenn es um die Medien geht, liegt weniger darin, dass es Talkshows und ähnliche Sendungen gibt, sondern wenn die Medien selbst ihre Politik machen wollen, was sie in Grenzen immer tun werden. Natürlich haben sie auch ihre eigenen Vorstellungen und Tendenzen. Dagegen ist nichts zu sagen. Sie sollen aber das berichten, was tatsächlich geschieht und die Dinge nicht inszenieren.

Dr. Thomas Leif: Die Medien als Akteure in der Politik – ist dies heute das eigentliche Problem 175 Jahre nach dem Hambacher Fest, wenn man die Hambacher Positionen reformuliert? Damals stritt man um die Pressefreiheit, dass man überhaupt etwas sagen durfte. Heute muss man als Politiker „vorsichtig“ sein, dass man nicht in die Räder dieser Mechanik kommt?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Das ist ein Wechselspiel. Die Medien haben doch eine ganz tragende Funktion, die sie auch erfüllen, wenn es um kritische Begleitung und Aufdeckung geht. Wir haben viele Beispiele, wo das gut gelingt. Gott sei Dank sehe ich bei uns keine italienische Situation à la Berlusconi, wo der Regierungschef auch noch der größte Medienunternehmer ist.

Aus meiner Sicht haben der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das öffentlich-rechtliche Fernsehen den Auftrag, Informationen zu vermitteln. Ich sehe bei allem, was an Kritik an der Qualität geübt werden kann – nämlich dass sie das keinen Deut besser machen als private – durchaus, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk diesen Auftrag erfüllt. Ich denke, das ist erkämpfte Pressefreiheit. Diese ist mehr durch monopolartige Zusammenkäufe und das Verschwinden vom Markt bei anderen Medien (Zeitungen) bedroht als beispielsweise durch Zensur.

Dr. Thomas Leif: Herr Baldauf, wo sehen Sie in der Zäsur 175 Jahre nach Hambach heute in der Medienszenarie Probleme, bei denen Sie sagen, dass Sie die Pressefreiheit gefährde?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Die Situation damals und heute kann man schwer vergleichen, schon gar nicht im Hinblick auf Pressefreiheit. Damals war das ein ganz anderer Ansatzpunkt. Es ging darum, überhaupt etwas sagen zu dürfen. Wenn wir heute über Pressefreiheit sprechen, geht es um andere Probleme, vor allem um das Wechselspiel gegenseitiger Abhängigkeiten.

Medien haben schon immer einen großen Einfluss genommen. Oft genug wurden sie auch für Propaganda benutzt. Ich sehe aber keine Gefahr in der jetzigen Medienlandschaft. Im Gegenteil. Gerade weil wir alle – ob Jung oder Alt – die Möglichkeit haben, uns umfassend zu informieren. Sie können im Internet Nachrichten aus aller Welt abrufen. Sie können mit Journalisten sprechen, genauso wie wir es gerade tun. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht den Regeln und Einflüssen der Privatsender unterworfen.

Unsere Medienlandschaft ist ausgeglichen, die Informationsflut ist extrem. Es gibt sehr viele unterschiedliche Meinungen. Das belebt das Geschäft und ist eine Chance für jeden Menschen, sich eine umfassende Meinung zu bilden.

Dr. Thomas Leif: Sie sehen bei dem vierten Themenkomplex Medien erneut eine ziemlich hohe Übereinstimmung. Ich möchte mich bei Ihnen, meine Herren Fraktionsvorsitzenden, für die Diskussion bedanken und nun zu einer abschließenden pointierten Frage an die Runde überleiten:

Was bedeutet für Sie heute die Fahne Schwarz-Rot-Gold und der damit verbundene „Nationalpathos“ in der Reflexion auf das Hambacher Fest?

Herbert Mertin, MdL (FDP): Ich persönlich würde mich freuen, wenn die Menschen dieses Schwarz-Rot-Gold auch vorzeigen würden. Ich bin ein Anhänger davon, dass man an den entsprechenden Feiertagen unsere Fahne aufhängt, weil sie das symbolisiert, wofür dieser Staat steht. Das sollten wir dann auch zeigen. Wir wollen auch junge Menschen begeistern, in diesem Staat mitzumachen. Da müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, sich für diesen Staat zu begeistern und sich zu ihm zu bekennen. Ich weiß, dass es in Deutschland sehr schwierig war und ist, über diese Dinge zu reden, aber es hat sich auch schon einiges gewandelt. Ich wäre für ein ganz entspanntes Verhältnis. Ich habe zwei Fahnen. Am 18. Mai hing die rheinland-pfälzische. Am 3. Oktober ziehe ich die andere auf.

Dr. Thomas Leif: Herr Hartloff, Sie haben die Nationalfarben schon am Revers. Haben Sie die gleiche Einstellung?

Jochen Hartloff, MdL (SPD): Ich glaube, durch die Fußball-WM 2006 hat sich das Verhältnis bei uns deutlich entspannt, auch wie man mit unserer Fahne umgeht. Vorhandene Ängste sind ein bisschen abgebaut worden. Wenn man unsere Fahne genau in so

einer Tradition von Hambach als deutsche Trikolore sieht, dann kann man unter dieser Fahne, die für Demokratie steht, gut stehen. Das ist unser Symbol für einen demokratischen Staat. Deshalb begrüße ich das ausdrücklich. Wenn sie über diesem Hause bei gutem Wind weht, ist das ein sehr schönes Bild gegen den Mainzer Abendhimmel. Schauen Sie sich das einmal an. Sie weht immer, wenn das Parlament hier tagt. Das steht uns gut.

Dr. Thomas Leif: Hegen Sie auch schwarz-rot-goldene Gefühle?

Christian Baldauf, MdL (CDU): Ja, natürlich. Herr Hartloff, Sie hätten nicht verraten sollen, dass die Fahne nur weht, wenn der gesamte Landtag tagt, also Plenarsitzungen stattfinden. Jetzt können die Bürger nachzählen, wie oft das der Fall ist. Aber Spaß beiseite.

Auch ich bin ein glühender Verfechter dieses Symbols, das damals einen Aufbruch signalisiert hat und eine echte Volksbewegung war: Männer und Frauen unterschiedlicher Schichten und Nationen sind zu einer Gemeinschaft geworden. Das symbolisiert die schwarz-rot-goldene Fahne. Sie steht für etwas Positives. Trotzdem haben sich viele Menschen lange geschämt, wenn sie irgendwo eine Flagge gesehen haben. Seit der Fußball-WM hat sich das zum Glück ein bisschen geändert. Jeder Mensch hat ein Recht auf seine Identität. Wir müssen nur immer wieder ins Bewusstsein bringen, woher die Flagge kommt und dass sie für etwas Gutes steht.



PRÄSENTATION DES SONDERPOSTWERT-
ZEICHENS „175 JAHRE HAMBACHER FEST“
AM 2. MAI 2007

ANSPRACHE

KARL DILLER, MDB,
PARLAMENTARISCHER STAATSEKRETÄR
BEIM BUNDESMINISTER DER FINANZEN

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Abgeordnete, Herr Staatsminister Prof. Deubel, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich außerordentlich, Ihnen heute eine Briefmarke zu einem historisch wichtigen Jubiläum vorstellen zu dürfen.

Das Hambacher Fest gilt als die Geburtsstunde der Demokratie und wurde von Bundespräsident Theodor Heuss als die „erste

politische Volksversammlung der neueren deutschen Geschichte“ bezeichnet.

Damit ist klar: Das Hambacher Fest und das Hambacher Schloss haben nicht nur in der Erinnerungskultur des Landes Rheinland-Pfalz einen besonderen Platz, sondern über die Grenzen dieses Bundeslandes hinaus Bedeutung für unser geeintes Deutschland. Dieses denkwürdige Ereignis von 1832 steht für bürgerliche Freiheit, nationale Einheit und Demokratie. Leider folgte nach diesen Tagen im Mai 1832 noch ein langer und leidvoller Weg, bis der demokratische Grundgedanke tatsächlich in einem geeinten Deutschland gelebt werden konnte. Doch wir können uns glücklich schätzen, dass für uns heute Demokratie und Freiheit, Rechtsstaat und politische Mitverantwortung in unserem Land etwas ganz Normales ist. Doch wie vieles Alltägliche laufen auch solche Werte Gefahr, nicht mehr den Stellenwert zu bekommen, den sie verdienen. Deshalb ist es wichtig, uns immer wieder vor Augen zu führen, dass demokratische Werte ebenso hohe wie verletzliche Güter sind. Für uns alle sollte es daher ein Herzensanliegen sein, diese Werte zu bewahren und zu verteidigen.

Doch es ging beim Hambacher Fest nicht nur um die Einheit Deutschlands und Freiheit der Deutschen. Die Volkssouveränität wurde genauso gefordert wie ein konföderiertes, republikanisches Europa. Und man kann sagen, dass das Hambacher Fest von 1832, genauso wie die Paulskirche 1848, Meilensteine sind in der Entwicklung der Demokratie in Deutschland und Stationen der Freiheit auf dem Weg nach Europa.

Wenn wir allerdings einen Blick über die europäischen Grenzen werfen, braucht es in vielen Staaten unserer Weltgemeinschaft heute noch Männer und Frauen wie Philipp-Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth. Denn in vielen Regionen der Welt werden Freiheits- und Menschenrechte nicht geachtet – sie sind gefährdet oder sie existieren nicht. Hier



sind die meisten Kernforderungen der Festredner des Hambacher Festes auch heute aktuell:

- nationale Einheit,
- Freiheit der Presse, der Rede und der politischen Vereinigung,
- Gleichheit zwischen Mann und Frau,
- gleiche Rechte für die gesamte Bevölkerung,
- Achtung der Menschenwürde,
- gesetzmäßige und gerechte Staatsverwaltung.

Wo aber Menschen diese fundamentalen Rechte vorenthalten werden, herrschen politische und gesellschaftliche Instabilität, nicht selten auch Armut und Unterentwicklung. Das kann und darf uns nicht unberührt lassen, erst recht nicht in einer immer stärker zusammenwachsenden Welt. Das bedeutet, dass wir nicht nur für unser Land, nicht nur für Europa, sondern weltweite Verantwortung übernehmen müssen. Denn krisen-

Karl Diller (links) bei der Übergabe der Sonderbriefmarke an Finanzminister Prof. Dr. Ingolf Deubel, Landtagspräsident Joachim Mertes und den Präsidenten des Landtags Brandenburg, Gunter Fritsch (von rechts)

hafte Entwicklungen in anderen Teilen der Welt können auch für Deutschland und Europa Risiken und Bedrohungen mit sich bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass wir die heutige Festveranstaltung in diesem Hause begehen dürfen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil ein Relikt aus der Zeit des Hambacher Festes die Brücke schlägt von der Geburtsstunde der Demokratie in unserem Land hin zu der heutigen freiheitlich demokratischen Grundordnung. Ich meine die Originalfahne, die hier im Plenarsaal hängt und die als eine der schwarz-rot-goldenen Fahnen des Hambacher Festes im Jahre 1832 im Festzug mit den über 20.000 Menschen hinausgetragen wurde zum Hambacher Schloss. Eine weitere Originalfahne aus dem Heimatmuseum von Neustadt an der Weinstraße wird im Hambacher Schloss gezeigt. Bis vor einigen Jahren hing eine Originalfahne auch im Sitzungssaal des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, die jedoch an den Eigentümer Stiftung Preußischer Kulturbesitz zurückgegeben wurde. Dennoch: Landtag und Bundesverfassungsgericht – freiheitliche Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz – die Standorte der Fahnen haben mehr als nur Symbolcharakter.

Mehr als nur Symbolcharakter hat auch die Briefmarke, die ich Ihnen heute vorstelle. Sie erinnert an das Hambacher Fest von 1832 und damit an die Geburtsstunde der Demokratie. Sie mahnt uns, Freiheit und Demokratie zu bewahren und dafür Verantwortung zu übernehmen. Und sie ist Botschafterin unseres Landes, die diese Erinnerung und Mahnung in die ganze Welt hinausträgt.

Die Briefmarke, die wir hier in mehrfacher Vergrößerung sehen, wurde von dem Grafiker Professor Johannes Graf aus Dortmund gestaltet. Er trägt mit seinen anspruchsvollen Arbeiten schon seit Jahren zur hohen grafischen Qualität der deutschen Briefmarken bei.



Die Marke zeigt ein Aquarell nach einem zeitgenössischen Holzstich und stellt den historischen Festzug am 27. Mai 1832 zur Ruine des Hambacher Schlosses in den Mittelpunkt. Damit wird die historische Bedeutung der Demonstration für Freiheit, Demokratie und nationale Einheit auf dem Hambacher Schlossberg authentisch wiedergegeben. Der senkrecht angeordnete Schriftzug „175 Jahre Hambacher Fest“ wurde in Rot und Gold gedruckt, um den festlichen Charakter der Veranstaltung sowie deren historische Bedeutung zu unterstreichen.

Die Marke hat den für einen Großbrief erforderlichen Wert von 145 Cent und wurde bei nassklebenden Briefmarken in einer Auflage von 7,7 Millionen Stück gedruckt. Diese Marke gibt es jedoch auch als selbstklebendes Exemplar. Und von den selbstklebenden Marken wurden sogar 35 Millionen Markensets à 10 Marken, also 350 Millionen Stück gedruckt. Diese hohe Zahl wird damit auch der damaligen Großdemonstration am Hambacher Fest gerecht. Die Briefmarke ist ab dem 3. Mai 2007 in allen Verkaufsstellen der Post erhältlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, nun die Alben mit den Erstdrucken der Sondermarke überreichen zu dürfen an einige wichtige Persönlichkeiten aus dem Land und der Region um das Hambacher Schloss sowie an Vertreter der Philatelistenverbände.

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Mainz 1998

Heft 2

Privatisierung und parlamentarische Rechte
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 3

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“
1848 - europäische Revolution?
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 4

Parlamentsreform
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 1998

Heft 5

Sozialpolitik auf dem Prüfstand
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 6

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus,
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999
Mainz 1999 (vergriffen)

Heft 7

Kirche und Staat.
Partner am Wendepunkt?
Podiumsdiskussion
Mainz 1999

Heft 8

Gedenkveranstaltung
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges
Mainz 1999

Heft 9

Verfassungsreform
Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000
Mainz 2000

Heft 10

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000
Kinder und Jugendliche im Holocaust
Mainz 2000

- Heft 11
Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich
Mainz 2000 (vergriffen)
- Heft 12
Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000
Mainz 2000 (vergriffen)
- Heft 13
Politik mit der Bibel?
Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 14. Dezember 2000
Mainz 2001 (vergriffen)
- Heft 14
Länderverfassungen im Bundesstaat
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 19. Dezember 2000
Mainz 2001 (vergriffen)
- Heft 15
Haushaltsreform und parlamentarisches Budgetrecht
in Rheinland-Pfalz
Mainz 2001 (vergriffen)
- Heft 16
Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz
Mainz 2001
- Heft 17
Was kann, was darf der Mensch?
Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik
Mainz 2001
- Heft 18
Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:
Die Rolle der Regionen
Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001
Mainz 2002 (vergriffen)
- Heft 19
Russlanddeutsche im Strafvollzug
Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. Oktober 2002
Mainz 2002
- Heft 20
Wider das Vergessen – Für die Demokratie
Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern
aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2003
Mainz 2003 (vergriffen)

Heft 21

Streitfall Pflege

Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003

Mainz 2003 (vergriffen)

Heft 22

Mit den Augen des Anderen

Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva

Ausstellung und Podiumsdiskussion

im Landtag Rheinland-Pfalz am 3. Dezember 2003

Mainz 2003

Heft 23

„Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!“

Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804

Vortragsveranstaltung

Mainz 2003

Heft 24

Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914

Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz

am 29. September 2004

Mainz 2004 (vergriffen)

Heft 25

Nur freie Menschen haben ein Vaterland

Georg Forster und die Mainzer Republik

Vortragsveranstaltung

Mainz 2004

Heft 26

Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung

Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass des

Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005

Mainz 2005

Heft 27

20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004

Dokumentation

Mainz 2005

Heft 28

Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz

Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt im

Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005

Mainz 2005

Heft 29

Friedrich Schillers Politischer Blick

Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag“

im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005

Mainz 2006

Heft 30
Christoph Grimm
Reden 1991-2006
Eine Auswahl aus der Amtszeit des
rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten
Mainz 2006

Heft 31
Die Präsidenten des Landtags 1946-2006
Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten
rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte
Mainz 2006

Heft 32
Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“
und seine demokratische Entwicklung
Eine Veranstaltung des Landtags und der
Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung
am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz
Mainz 2007

Heft 33
60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz
Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages
der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung
am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz
Mainz 2007

Heft 34
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus 2007
Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 35
„Packt an! Habt Zuversicht!“
Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz
und seinen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland
Mainz 2007

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ

